

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 97 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Po. fruchtungs- und 72 Pf. Postbefrei-  
gungen. Zustellbesonderheit 5,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Drucklohnposten 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage  
„Rolf und Reni“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Sonnabend  
6 Februar 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Millimetergröße 30 Pf.  
Reklame je 2- M. „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Druckwerk 30 Pf.  
Zusätzlich zwei fertige Druckwerke jedes  
weitere 10 Pf. Rabatt u. Karf.  
Werte über 15 Buchstaben zählen für  
jewe. Wort. Arbeitsmarkt-Mitteilungs-  
zeits 25 Pf. Familienanzeigen Mit-  
teilungszeit 18 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstraße 4  
wöchentlich von 8<sup>h</sup> bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Arztpr. Töndell (A 7) 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verkaufsstelle: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. D. G. - Dep. - Ges. - Jerusalemer Str. 65-66

# Völkerbund-Armee!

## Frankreichs Vorschlag in Genf.

Die Abrüstungskonferenz hat ihre Sensation. Frankreich hat als seine Trumpfkarte einen Vorschlag auf den Tisch geworfen, der nicht mehr und nicht weniger als die Bildung einer Völkerbundarmee bezweckt. Das im Völkerbund verlorbene Recht soll künftig nicht des bewaffneten Armes entbehren, der ihm Geltung verschafft. Der Schwache soll ruhig schlafen können, weil die Gemeinschaft der Völker für seinen Schutz sorgt.

Ein erhabener Gedanke! Paul Boncour hat ihn, als er noch Sozialist war, vertreten. Leon Blum verherrlicht ihn als die Krönung, Schlüsselpunkt einer allgemeinen Totalabrüstung. Aber daß die Regierung Laval-Lardieu an eine solche Totalabrüstung nicht denkt, braucht kaum betont zu werden.

Im Gegenteil! Sie will zuerst den „vorbereiten- den Entwurf“ zur Tat werden lassen, jenen Rahmenentwurf, der an der bestehenden krassen Ungleichheit der Rüstungen nichts ändert! Das ist eine arge Inkonsequenz. Denn wenn die französische Regierung an die Macht und die Gerechtigkeit des künftigen Völkerbundes glaubt, warum weigert sie sich dann noch, etwas von dem ungeheuren Uebergewicht ihrer Rüstung der deutschen gegenüber etwas preiszugeben?

Der Völkerbund soll dem Angreifer mit bewaffneter Macht entgegenreten. Dazu muß er ihn erst feststellen. Und hat er sich nicht eben erst gescheut, Japan gegenüber diese Feststellung auszusprechen? Angenommen, die dem Völkerbund zugewiesenen Schiffe lägen schon bereit in ihren Häfen, die Landstreitkräfte in ihren Garnisonen — sie würden dem Angegriffenen keinen Schutz gewähren, solange sein Recht auf Schutz nicht festgestellt ist. Armes China!

Die Ausstattung des Völkerbundes mit einer Armee ist und bleibt ein großer Gedanke. Dennoch oder vielmehr deswegen muß gesagt werden: Erstens, er kann nicht von heute auf morgen verwirklicht werden; zweitens, er ist zu gut, um zu verdienen, daß er lediglich zu einem Schachzug in einem taktischen Spiel verwendet wird. Der leicht vorauszu- sehende Umstand, daß er nicht gleich von allen angenommen und in die Tat umgesetzt werden wird, darf nicht zum Vorwand werden, um das praktisch Erreichbare zu verhindern.

Diesen Gedanken in die Debatte zu werfen, war klug. Ihn zu verschimpfen und zu verwerfen, wäre dumm. Einmal wird er doch in irgendeiner Form verwirklicht werden müssen, wenn sich die Menschheit nicht durch Rückfälle in die alten Schlächtermonien bei fortschreitender Technik selber ausrotten will. Gerade Deutschland, das militärisch schwach ist und auch durch Befolgung nationalistischer Ratschläge nicht stärker werden wird, muß einen starken Völkerbund wollen. Daß dieser starke Völkerbund nicht einer Macht oder Mächtegruppe, sondern allen gleichmäßig dienen muß, versteht sich von selbst.

Dem Fortschritt die Bahn öffnen, der heute schon möglich ist, aber auch für weitere Fortschritte den Weg bereiten — das ist vernünftige Politik! Will die deutsche Regierung sie treiben, so wird sie auf den Beifall jener verzichten müssen, die grundsätzlich alles ablehnen, was aus Paris kommt, aber sie wird dem deutschen Volke damit einen großen Dienst erwiesen. Herr Brüning möge neben den vielen Akten, die er in seinen Koffer tut, nicht das Wichtigste nach Genf mitzunehmen vergessen, nämlich den guten Willen zur Verständigung und eine tüchtige Portion gesunden Verstand!

### Der französische Plan.

Genf, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Kriegsminister Lardieu hat heute als französischer Delegationsführer dem Präsidenten der Konferenz Genderson ganz überraschend ein Memorandum überreicht, das einen neuen Plan für internationale Ab- rüstung darstellt.

Der französische Abrüstungsplan geht von der Tatsache aus, daß der vorbereitende Entwurf möglichst bald nach der Konferenz in

die Tat umgesetzt werden mußte. Darüber hinaus schlägt Frank- reich vor,

die Zivilluftschiffahrt und die militärische Luftschiffahrt für Luft- bombardements dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen, ebenso bestimmte Land- und Seerüstungen.

Ferner schlägt er vor, die Bildung einer internationalen Streitkraft zur Verhütung und Unterdrückung von Streitfällen, politische Bedingungen als Grundlage für diese Maßnahmen und endlich neue Regeln für den Schutz der Hochseefischerei.

Der erste Punkt des französischen Vorschlags wird dahin spezifi- ziert, daß unter dem gemeinsamen Regime des Völkerbundes die Zivilluftschiffahrt und die Transportluftschiffahrt internationalisiert werden sollen. Ferner soll die Militärluftschiffahrt für Bombardements begrenzt werden auf eine von der Konferenz festzusetzende Mindesttonnage und Motorenstärkezahl, die nicht überschritten wer- den soll. Dem Völkerbund sollen gewisse Land- und Seerüstungen zur Verfügung gestellt werden. Das Recht, diese Materialien zu be- halten, solle nur den Mächten zustehen, die sich verbindlich ver- pflichten, dem Völkerbund im Falle der Anwendung des Arti- kels 16 des Völkerbundespaktes und des gemeinsamen Vor- gehens des Völkerbundes dieses Material zur Verfügung zu stellen. Im Falle eines Angriffs entgegen den aufgestellten Regeln soll jede Macht die freie Verfügung über alle Mittel ihrer Verteidigung erhalten. Frankreich schlägt als solches Material vor die Batterien schwerer Artillerie mit großer Kampfkraft,

die Linienschiffe mit Kanonen eines Kalibers über 203 Millimeter oder über eine Tonnage von 10 000 Tonnen, endlich die U-Boote,

über eine Tonnage von einer noch festzusetzenden Ziffer von Tonnen. Immer zur Verfügung stehen soll dem Völkerbund eine inter- nationale Polizeistreitmacht, um dem Krieg vorzubeugen, und eine Streitmacht, die zusammenwirken soll mit denen anderer Staaten, um sofort einem angegriffenen Staate zu Hilfe zu kommen.

Frankreich erklärt sich bereit, seine Verpflichtungen aus seinem Vorschlag in folgender Weise zu erfüllen: Für einen Krieg außerhalb Europas will es zur Verfügung stellen eine gemischte Brigade, eine leichte Seedivision, eine gemischte Truppe Flugzeuge, Landmaterial ohne Personal und Munition; für einen Konflikt in Europa eine Division aller Waffengattungen, eine Seedivision, eine Truppe gemischter Flugzeuge, Landmaterial mit Personal und Munition; für einen Konflikt in Europa, in dem der Angreifer eine gemeinsame Grenze mit Frankreich hat, über die vor- gesehenen Kontingente des europäischen Konflikts hinaus Streit- kräfte, deren Kampfkraft in jedem Falle durch ein Uebereinkommen mit dem Völkerbund festgesetzt werden könnte.

In bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor Luftangriffen

will Frankreich folgende Formeln bedingungslos annehmen:

1. Das Abwerfen aus Flugzeugen und das Verschleßen durch Landartillerie oder Küstengeschützen von Spezialbrandbomben oder von Bomben mit Giftgasen oder Mikroben (Krankheits- erregern), sei es auch auf welches Objekt immer es wolle, ist ver- boten.

2. Jedes Bombardement, sei es durch Luftwaffen, sei es durch Artillerie ist verboten in mehr als 10 Kilometer von der Landamp- llinie aus. Die Möglichkeiten von Ausnahmefällen sollen wiederum vom Völkerbund festgesetzt werden. Entlang der Küste soll eine Zone festgesetzt werden, in der solche Bombardements eben- falls verboten sein sollen.

3. Die schwere Seeartillerie soll den Artikeln der Haager Konvention über den Landkrieg unterstellt werden. Jede Verletzung einer dieser Regeln würde auf Kosten des Staates gehen, der dafür verantwortlich sei, und er solle gelten als ein Staat, der zum Krieg gegriffen habe im Sinne des Artikels 16 des Völkerbundes- paktes.

Endlich ist dem Vorschlag eine ausführliche Darstellung be- gegeben für die Organisation des Friedens, in der im wesentlichen Bezug genommen wird auf die bisherigen Versuche Frankreichs, die Sicherheit vor die Abrüstung zu stellen.

Minister Lardieu erklärte zu dem Dokument vor der Presse: Das Dokument sei ein Zeichen des guten Willens Frankreichs, von dem man immer besonders ein solches Zeichen erwartet habe. Wenn die Konferenz danach handele, sei Frankreich überzeugt, daß man zu einem guten Ergebnis kommen werde.

### Deutsche Ablehnung.

Genf, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Von der deutschen Delegation wird der französische Abrüstungs- vorschlag als den bestehenden Verhältnissen nicht entsprechend ab- gelehnt.

Der vorherrschende Gedanke der deutschen Auffassung sei die Gleichheit des Sicherheitsanspruchs und der Abrüstung, während der Sinn des französischen Vorschlags offen dahin gehe, die bestehende Ungleichheit noch weiter zum Nachteil der entwaffneten Staaten zu vergrößern.

Im einzelnen verweist man darauf, daß die Internationalisie- rung der Zivilluftschiffahrt nach dem französischen Plan neben der Deutschland verbotenen Kriegsluftschiffahrt auch noch die deutsche Handelsluftschiffahrt jeder Entwicklungsmöglichkeit berauben würde, während Frankreich seine gesamte Militärluftschiffahrt behalte und noch besondere Koloniallinien erbauen dürfe. Wie auf diesem Gebiete, so könne auch auf dem der vorgeschlagenen Zuer- sätzstellung von schweren Kanonen, Linienschiffen und U-Booten Deutschland nicht teilnehmen, weil es alle diese Dinge nicht besitzen darf.

Frankreich wäre dagegen auch auf diesem Gebiete vor jeder Abrüstung geschützt, weil es ja als eine Nation, die im Bedarfsfalle diese Waffen zur Verfügung des Völkerbundes stellt, sie später bauen und behalten könnte. Auffallend sei nur der Vorschlag, Linienschiffe mit Kanonen gerade über 20,3 cm Kaliber dem Völkerbund zu unterstellen, da die beiden neuen deutschen Panzerkreuzer nicht über 10 000 Tonnen Wasserdrängung hätten, wohl aber den höchsten Kaliber von 28 cm.

Die gleichen Bedenken werden auch für die internationale Streit- macht geäußert,

an der z. B. Deutschland sich gar nicht beteiligen könne, so- lange die ungleiche Abrüstung fortbestehe, dagegen anderen Ländern die Aufrechterhaltung großer Streitmächte einseitig anvertrauen, könne das Sicherheitsgefühl der entwaffneten Völker niemals beruhigen.

Endlich wird geltend gemacht, die politischen Bedingungen für die verschiedenen als undurchführbar bezeichneten tech- nischen Vorschläge Frankreichs bildeten das schärfste Hindernis für eine wirkliche Herabsetzung der Rüstungen. Obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, Bestimmung des Angreifers, Garantie für schnelle Entscheidung, auf welcher Seite die internationalen Kräfte eingesetzt werden sollen, und internationale Kontrolle der Rüstungen, Reglementierung seien schon seit zehn Jahren vergeblich aus- gearbeitet worden, wobei Frankreichs wachsende Argumente stets das stärkste Hemmnis gebildet hätten.

Frankreichs Vorschlag sage wörtlich: „Die gegenwärtige Kon- ferenz bietet die höchste Gelegenheit seit der Gründung für die end- gültige Wahl zwischen einem Völkerbund mit Exekutivmacht und einem Völkerbund, der durch intransigente Souveränität maßgebend ist. Die Wahl Frankreichs ist gefallen, sie schreibt den anderen Nationen vor, die Sicherheit zu treffen.“

Deutschland werde, so wird von Seiten der deutschen Delegation versichert, seine konstruktiven Plan einer allgemeinen Abrüstungs- beschränkung auf der Basis der Gleichberechtigung ein- bringen. Die Wahl einer vollgerüsteten Militärmacht stehe ihm nicht frei.

Daß die deutsche Delegation den Vorschlag in seiner gegenwärtigen Gestalt ablehnt, braucht und soll nicht be- deutet, daß die deutsche Regierung den Grundgedanken verwirft.

### Heraus mit dem Gold!

Ein Aufruf Hoovers.

Washington, 5. Februar.

Präsident Hoover richtete eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der er es auffordert, Vertrauen zu haben und die ungeheuren Summen wieder in den Strom des Wirtschaftslebens zurückzuleiten, die durch die Ihesaurierungstendenz des Publikums diesem entzogen sind. Präsident Hoover schloß die in den Sparstrümpfen verschlundenen Beträge auf 1200 Mil- lionen Dollar.

# Kriegswahnsinn!

## Die Sorgen unserer Nationalisten.

In Ostasien ist Krieg, weil der japanische Imperialismus China überfallen hat. Die ersten Kanonenschüsse haben in Deutschland die Kriegsparteien in Erregung versetzt. Es zeigt sich eine Vermischung aller politischen und menschlichen Begriffe gegenüber dem blutigen Geschehen, die einer inneren Gefahr gleichkommt. Wohlverstanden, nicht im Lager der Arbeiterschaft und der besonnenen Volksteiler, die seit mehr als einem Jahrzehnt sich bemühen, Deutschland und die Welt vom Kriege fortzuführen, sondern im Lager jener Parteien, die sich laut als die wahren Vertreter Deutschlands und die künftige Regierung auszeichnen!

Der ostasiatische Konflikt hat diese Parteien veranlaßt, die Masse abzumeren und offen zu zeigen, was sie außenpolitisch wollen. Sie wollen zurück zu den kriegsbejahenden Methoden der Vorkriegszeit, sie wollen die Abkehr zur Politik der Verhinderung der Kriege von der Politik der stetigen Verminderung der Kriegsgefahr. Sie alle wollen in der Außenpolitik wieder die Methode der reinen Machtpolitik, der Kriegsbündnisse, der absoluten Verneinung des Friedenswillens und des Rechtes der Völker.

Das ist ihnen allen gemeinsam, sonst aber herrscht im Urteil über den ostasiatischen Konflikt bei ihnen grenzenlose Verwirrung. Der nationalsozialistische „Angriff“ erblickt in dem Vorstoß der Japaner eine französische Intrige. Frankreich wolle durch die Unterstützung des japanischen Drucks an Russlands Grenzen Russland in Asien binden, damit Polen gemeinsam mit Frankreich ungefährdet gegen Deutschland aufmarschieren könne. Das schließt also eine Stellungnahme gegen Japan ein — nicht wegen der traffen Verletzung des Friedens, des Völkerrechts und des Rechtes des chinesischen Volkes, sondern lediglich unter machtpolitischen Gesichtspunkten. Hugenberg und seine Partei wieder inympathisieren mehr oder weniger offen mit den Japanern; der Stahlhelm aber, diese Sammelstelle des nur militärischen Denkens, erklärt, daß er es mit den Stärkeren halten will!

In der Stellungnahme des Stahlhelms zum ostasiatischen Konflikt tritt die ödeste militärische Gamaschentröpf-auffassung zutage, die nicht nur dumm, sondern auch gerade für Deutschland überaus gefährlich ist. Mit einer Handbewegung schiebt der Stahlhelm die Schuldfrage beiseite. Seine Bundeszeitung, der „Stahlhelm“, schreibt:

„Schuld? Was unsere Pazifisten als Schuld bezeichnen würden, gibt es nicht. Gewiß, äußerlich gesehen hat Japan angefangen und an dieser Tatsache würde sich nichts ändern, wenn die chinesische Regierung die diplomatische Mißhandlung Bethmanns wiederholt hätte, Japan daraufhin eine schönfärbende Kriegserklärung zu schicken. Aber das sind Unklarheiten. Wenn im Walde zwei Bäume zu dicht aneinander stehen, muß der eine den anderen unterdrücken. Aus eigenem Lebensrecht, das aus seiner Lebenskraft erwächst, Kampf ist die einzige Art, in der sich nach unserer Auffassung der Mensch menschenwürdig mit dem Schicksal auseinandersetzen kann. Wir beglückwünschen das japanische wie das chinesische Volk zu ihren Kämpfen, die um der Zukunft willen zu kämpfen bereit sind.“

Sie beglückwünschen China! Vom Himmel fallen Feuer und Stahl auf Chinas Welthandelsstadt und legen die Wohnbezirke der chinesischen Bevölkerung in Trümmer. Durch die Straßen gegen Maschinengewehrgardien, Tausende von Leichen bedecken das Pflaster, die nicht befeuert werden können und darum von Hunderten zerrissen werden — das ist menschenwürdig nach der Stahlhelmauffassung, das ist Anlaß zum Glückwunsch!

Und Glückwünsche für Japan! Für ein Volk, das unter der Diktatur von Militärs steht, die es in einen blutigen Eroberungskrieg hineinreißt, der das Recht anderer Völker mit Füßen tritt, und einen Geist offenbart, den wir nicht nur als uneuropäisch, sondern als unmenchlich, als menschenunwürdig empfinden! Dieser Geist, so sagt uns der Stahlhelm, sei vorbildlich für uns, es müsse deutscher Geist sein! Das ist der offene Wahnsinn einer Partei, deren letztes Ziel der Krieg ist!

Und dann das Gleichnis der zwei Bäume, von denen der eine den anderen unterdrücken muß! Die logische Schlussfolgerung wäre, wenn man das Gleichnis auf europäische Verhältnisse überträgt, daß Frankreich und Deutschland nicht miteinander leben könnten. Wenn Japan und China nicht nebeneinander und miteinander leben können, so auch nicht Deutschland und Frankreich, Deutschland und Polen, Deutschland und die Tschechoslowakei. Dann gäbe es nur die eine Perspektive der Unterdrückung des einen Volkes durch das andere, und der Entscheidung zwischen ihnen durch den Krieg!

Der Stahlhelm als Kriegspartei ist konsequent. Er fordert, daß Deutschland für den nächsten Krieg rüstet:

„Entweder Deutschland legt sich den Nachansprüchen der Mächtigen und verzichtet damit nicht nur auf eigene Wachstumsmöglichkeit, sondern auch auf die Fähigkeit, seinen schon jetzt unerschütterlich beschützten Bestand gegen die Wachstumsansprüche anderer Nationen zu verteidigen, unterwirft sich also von vornherein den Sanktionen und Interessenwahrungen fremder Staaten, die man im Volkswunde mit Recht Krieg nennt, oder es bekennt sich auf seine Pflicht gegenüber der Zukunft und geht daran, sich die Wachtmittel selbst zu schaffen, die für deren Sicherung notwendig sind.“

Der Stahlhelm will also, daß Deutschland für den nächsten Krieg rüstet. Die Tatsache, daß die Länder um Deutschland ungleich stärker gerüstet sind, schiebt er völlig beiseite, ebenso die Frage, was die Folge einer deutschen Aufrüstung auf die bis an die Zähne gerüsteten anderen Länder sein werde. Will der Stahlhelm sich auf das Recht berufen? Er sagt zum ostasiatischen Konflikt:

„Politisch haben im ostasiatischen Krieg beide, Japan und

China, recht. Die Geschichte aber wird dem die Palme des Rechtes reichen, der stärker war. Auch das muß Deutschland wissen und danach handeln.“

Also, Macht geht vor Recht, wo die Macht ist, da ist das Recht! Wer diese These so laut verkündet wie der Stahlhelm, der fügt der Stellung Deutschlands, die auf dem Recht und nicht auf der Macht beruht, auf seinen moralischen Ansprüchen gegenüber den anderen Nationen, einen schweren Schlag zu. Wenn das Recht dort ist, wo die Macht ist, dann wäre also Versailles nicht Unrecht, sondern Recht, die Reparationsforderungen — die Tribute, wie der Stahlhelm sagt — nicht Unrecht, sondern Recht, die

Ungleichheit der Abrüstung nicht Unrecht, sondern Recht? Recht hätten wir dann, wenn wir stärker werden würden als die anderen? Die auf den Krieg eingeschworenen Gamaschentröpfe des Stahlhelms erkennen nicht, daß sie mit ihrer Stellungnahme den Nationalisten auf der anderen Seite die Begründung für jedes Unrecht gegen Deutschland bis zum Kriege liefern!

Deutschlands Waffe ist das Recht und sein Bille zum Frieden! Die ersten Kanonenschüsse in Ostasien haben genügt, daß die wahnwichtigen Kriegsschwärmer im Lager der sogenannten nationalen Parteien das vergessen haben, und daß sie der Gewalt zuzubeln!

# Thüringen und Gendarm Hitler.

## Ämtliche Erklärung im Landtag gegen die unwürdige Art.

Weimar, 5. Februar (Eigenbericht).

In der Freitagssitzung des thüringischen Staatsministeriums wurde darüber berichtet, daß der damalige Innenminister Dr. Fricke im Sommer 1930 versucht hat, Hitler durch eine Anstellung im thüringischen Staatsdienst die Staatsangehörigkeit zu verleihen. In einer amtlichen Meldung darüber heißt es, daß man nicht dagegen haben könne, einem Frontsoldaten alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers zu verleihen. Das Staatsministerium bedauere aber

die versteckte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen Innenministers die Anstellung Hitlers versucht worden sei.

In der Verlautbarung heißt es dann weiter: Zudem habe das Vorgehen Fricke einem ausdrücklichen, am 15. April 1930 gelegentlich der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Beisein Fricke gefaßten Beschlusse widersprochen, wonach die Staatsregierung nicht die Absicht habe, Hitler den Erwerb der thüringischen Staatsangehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstelle. Unter Umgehung der bei der Anstellungsprobe bestehenden Bestimmungen seien die zuständigen Stellen nicht hinzugezogen worden. Zwei Beamte seien durch das ihnen von Fricke auferlegte strenge Schweigebrot im schwersten Konflikt mit ihren Beamtenpflichten verkehrt worden. Da ohne genaue Aufklärung der Angelegenheit und ohne die Stellungnahme Dr. Fricke Zweifel darüber entstanden seien, ob die Anstellung rechtmäßig und damit Hitler deutscher Staatsangehöriger geworden sei, habe es der zuständige Minister für seine Pflicht gehalten, sobald nach der zufälligen Ausdeutung der Angelegenheit der Reichsregierung Kenntnis von den Vorgängen im einzelnen zu geben, um so mehr, als die Einbürgerung Hitlers nicht nur als eine thüringische, sondern vielmehr als eine deutsche Angelegenheit angesehen werden müsse.

## Adolf kann alles!

### Gendarm — Kunstprofessor — was sonst noch?

Die Betauerungen des Braunen Hauses in München, daß Hitler von der Schiebung Fricke mit dem Hilburgshausener Gendarmeposten nichts gewußt und sie nicht gewollt habe, werden durch die Angaben der Reichsregierung nicht bekämpft. Herr Fricke hat schon vor dem Juni 1930 einen Versuch unternommen, Adolf Hitler die Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Er hatte die Absicht, Hitler zum Professor an der staatlichen Kunsthochschule in Weimar zu machen, stieß aber auf den entschiedenen Widerspruch des Finanzministers.

Es wird niemand glauben, daß diese systematische Folge von Bemühungen hinter dem Rücken von Hitler erfolgt sei, und daß Herr Fricke auf eigener Faust gegen den Willen Hitlers gehandelt hat.

Hitler sollte auf alle Fälle in Thüringen als Beamter eingeschoben werden. Herr Fricke hat zunächst versucht, ihn zum Kunstprofessor zu machen, als dies nicht glückte, sollte Adolf Gendarm werden. Beide Berufe sind im Dritten Reich ja so ähnlich und erfordern so ziemlich die gleiche Vorbildung! Adolf kann in seiner Genialität alles, so daß es ganz gleich ist, ob er Kunstprofessor oder Gendarm ist.

Er ist das Wesen des wahren „Parteibuchbeamten“, das er ohne Rücksicht auf seine Fähigkeiten und seinen Interessentkreis in eine Staatsstelle gesteckt wird, so daß keinerlei Beziehungen zwischen dem Amt und der Persönlichkeit besteht. Diesen Typ hat Herr Fricke geschaffen, und zwar gleich in der Person seines obersten Führers Adolf Hitler, als er die Auswahl Kunstprofessor und Gendarm geschaffen hat!

Das Vemischen mit der daranhängenden Staatsbürgerschaft ist alles — das andere findet sich, sagte Herr Fricke, da verließ er darauf, den Kunstprofessorandamten zum Gendarmen zu machen. Es ist schade, daß Herr Fricke aus Thüringen scheiden mußte — er hätte vielleicht noch mehr Ämter für seinen Parteichef ausfindig gemacht. Wenn schon Kunstprofessor oder Gendarm, warum nicht Kreisarzt oder Korbbeamter?

## Nazi-Überfälle und kein Ende.

### Gegen sozialdemokratische Versammlungsteilnehmer.

Hannover, 5. Februar (Eigenbericht).

In Hannover wurden nach einer überfüllten Kundgebung der Sozialdemokratie zahlreiche Versammlungsteilnehmer von Nationalsozialisten überfallen.

Die Polizei mißdet darüber, daß der Überfall von etwa 40 Angehörigen der NSDAP ausgeführt wurde und mehrere Personen mit gefährlichen Gegenständen geschlagen worden sind. Zwei Personen wurden verletzt. Am Tatort wurde ein antizweischlagener Spazierstock gefunden. Da nach den Angaben der Überfallenen die Täter aus einem in der Nähe befindlichen Lokal gekommen sein sollen, wurde eine Durchsuchung des Lokals nach Waffen und verdächtigen Personen vorgenommen. Hierbei wurden mehrere Schlagwerkzeuge, deren Eigentümer bisher nicht festgestellt werden konnten, polizeilich in Gewahrsam genommen. Die Ermittlungen nach den Tätern sind eingeleitet.

## Tagung des Parteiausschusses.

### Eiserne Front marschiert. — Arbeitsbeschaffungspläne.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei begann am Freitag eine Tagung, in der zunächst organisatorische Fragen, die mit der Bildung der Eisernen Front zusammenhängen, zur Sprache kamen. Berichte aus den verschiedenen Teilen des Reiches ergaben, daß die beteiligten Faktoren überall reibungslos zusammenarbeiten und daß der ungeheure Besuch der im Zeichen der Eisernen Front veranstalteten Versammlungen alle Erwartungen übertrifft.

Der Parteiausschuß beschäftigte sich sodann mit der internationalen Lage und mit der Wirtschaftskrise, wobei verschiedene Pläne zu vermehrter Arbeitsbeschaffung erörtert wurden. Die Beratungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

## Nazis in der Reichswehr.

### General Schleicher und Hitlers „Legalität“.

Der Reichswehrminister hat Ende Januar im Einvernehmen mit dem Reichskanzler eine Änderung der Einstellungsbestimmungen für den Eintritt in die Reichswehr vorantreiben lassen, daß namentlich die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei für die Einstellung in die Reichswehr kein Hindernis mehr sein darf. Lediglich die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei macht jetzt noch den Eintritt in die Reichswehr unmöglich.

Dazu wird erklärt, daß es das Bestreben des Reichswehrministeriums sei, den Kreis derer, die vom Eintritt in die Reichswehr ausgeschlossen sind, so eng wie nur möglich zu ziehen. Die Änderung der Einstellungsbestimmungen in diesem Augenblick wird damit erklärt, daß es unmöglich sei, solche Ausnahmestimmungen für die Nationalsozialisten aufrechtzuerhalten, wenn der Reichspräsident und der Reichskanzler mit dem Führer der Nationalsozialisten Verhandlungen führten.

Widerlings sollen Anwärter, die sich früher irgendwie in sozialfeindlichem Sinne betätigt oder an Straßenkämpfen bzw. Putzungen beteiligt haben, nicht in die Reichswehr eingestellt werden. Endlich wird betont, daß irgendwelche Betätigung in der Reichswehr im Sinne der Nationalsozialistischen Partei die sofortige Entlassung herbeiführen würde, da in der Reichswehr parteipolitische Betätigung in keiner Weise gebildet werden und gebildet werden könne.

Diese Verfügung mutet einigermaßen merkwürdig an. Wenn man schon den Kreis derer, die vom Eintritt in die Reichs-

wehr ausgeschlossen sind, so eng wie nur möglich ziehen will und deshalb Nationalsozialisten zuläßt, dann sollte es mindestens auch selbstverständlich sein, daß Kommunisten eingestellt werden können. Jedenfalls können wir nicht einsehen, warum ein Parteigänger Hitlers in bezug auf die Reichswehr zuverlässiger sein sollte als ein eingeschriebener Kommunist.

Aber der Unterchied liegt für verantwortliche Stellen darin, daß Hitler gegenüber Herrn Schleicher, dem Hans Dampf in allen Gassen, wieder einmal seine „Legalität“ beteuert hat und Herr Schleicher das, was der Münchner Bandenführer verspricht, wörtlich nimmt, während es Thälmann, dem Transportarbeiter, bisher nicht verbant war, bis zu Herrn Schleicher vorzubringen und ihm, selbst wenn es anders wäre, kein Glauben geschenkt werden würde. Dabei kann es keinen Zweifel darüber geben, daß den Legalitätsteteuerungen der NSDAP, ebensowenig Glauben zu schenken ist wie den Dementis Hitlers.

## Rachruf auf Heß.

### Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion über den Zeitschriftensührer.

Magdeburg, 5. Februar (Eigenbericht).

In einer überfüllten Massenversammlung widmete der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags Heilmann dem verstorbenen preussischen Zentrumsführer Josef Heß ehrende Worte des Gedankens. Heß sei nicht, wie Nazidemagogen behauptet hätten, ein „schwarzer Marxist“ gewesen; Marxismus und Sozialismus seien ihm sogar völlig fremde Begriffe gewesen. Der Boden, auf dem die Sozialdemokratie und das Zentrum unter Heß Führung sich in Preußen getroffen hätten, sei gewesen gegenseitige kulturpolitische Toleranz, Dienst an Staat und Volk, Treue zur Republik. In dieser Zusammenarbeit habe sich Heß stets unbedingt zuverlässig und aufrichtig gezeigt. Sein früherer Tod sei für die ganze Nation ein schwerer Verlust.

Die Versammlung habe sich während dieses Nachrufs zu Ehren des Verstorbenen erhoben.

Im weiteren Verlauf der Kundgebungen wurden 78 Neuaufnahmen für die Sozialdemokratie gemacht.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags werden am Morgen des verstorbenen Zentrumsgabgeordneten Dr. Heß einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niederlegen.

Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit, daß die Zahl der Einzeichnungen bisher insgesamt 515 000 beträgt, davon am Freitag 164 000.

# Schanghai und Charbin.

Ruhe vor dem Sturm im zerstörten Schapel. — Vormarsch über Charbin hinaus.

Während in Schanghai im Laufe des gestrigen Tages anscheinend eine Kampfpause eingetreten ist, haben die Japaner in der nördlichen Mandschurei ihren Vormarsch fortgesetzt. Charbin in Besitz genommen und sind darüber hinaus vorgedrungen. Sie beabsichtigen, dort offenkundig den Schlüssel von Mukden zu wiederholen und eine „selbständige“ Regierung zu errichten, bestehend aus ihren Akzuten, mit denen allein sie sodann „verhandeln“ würden. Das ist wohl der Grund, weshalb sie so hartnäckig den Vorschlag der Mächte ablehnen, mit der chinesischen Regierung von Nanjing über die Mandschurei offiziell zu verhandeln und weshalb sie sogar mit dem Austritt aus dem Völkerbund drohen, falls der Rat die mandchurische Frage auf Antrag Chinas zum Gegenstand eines Verfahrens machen würde.

Das Schanghaier Chineseniertel Schapel ist vollkommen zerstört, mehrere hundert verwundete Chinesen liegen in den Krankenhäusern der internationalen KonzeSSION, weitere hunderte in chinesischen Krankenhäusern.

Die Japaner haben die zerstörten Wulung-Torle eingekommen. Daß die gestrige relative Kampfruhe nur Vorboten eines neuen Sturmes war, geht aus der Tatsache hervor, daß die Japaner inzwischen neue viertausend Mann in Schanghai gelandete haben und daß darüber hinaus Japan in Washington offiziell angekündigt hat, daß es eine weitere Division, also abermals 10 000 Mann, nach Schanghai beordern werde.

Amerika und England haben wegen Schanghai wieder einmal in Tokio „protestiert“. In London „beraten“ die Mächte über die japanische Ablehnung ihrer Vorschläge.

## Rationale Front teilt sich im Landbund.

Präsident Bethge als 1. Vorsitzender des Kreislandbundes Guben abgehängt.

Obwohl sich die alten Landbundsleiter die größte Mühe geben, eine Sprache zu führen, wie sie bei den Nazis üblich ist, hilft es ihnen doch nichts. Sie müssen den Nazis weichen. Der Drang der neuen Nazigrößen nach Betätigung, das heißt einer Betätigung, die auch etwas einbringt, ist derart groß, daß sie in ihrem Ansturm auf die führenden Posten im Landbund das ganze Landbundsgebäude zum Wackeln bringen.

Mit als einer der ersten hat der alte Landbundsleiter Bethge, Präsident im Reichslandbund, in seinem Heimatort Guben daran glauben müssen. Das trotz der Tatsache, daß der Reichslandbund den Nazis einen KonzeSSIONsschulden gab und den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Willkens als 4. Präsidenten wählte! An Stelle von Bethge wurde im Januar im Kreislandbund Guben ein Nationalsozialist als 1. Vorsitzender gewählt. Damit nicht genug. Fast die gesamte bisherige Landbundsleitung wurde gewissermaßen ausgekehrt und durch Nazis ersetzt. Der engere Vorstand setzt sich jetzt restlos aus Angehörigen der Nazi-Partei zusammen.

Ein kleines Plättchen hatten die Nazis für den Präsidenten des Reichslandbundes doch noch übrig. Sie wählten ihn zum Ehrenvorsitzenden des Kreislandbundes Guben. Als ein Begräbnis 1. Klasse mit vier Pferden und Kranswagen. Dabei hatte Bethge auf den Landbundsversammlungen im Jirkus Busch in Berlin immer so scharfe Töne geschrien! Die Kinder, die er mit großgezogen hat, sind doch zu undankbar. Bethge möge sich trösten. Sein Schicksal werden noch viele alte Landbundsleiter teilen müssen!

## Zuchthaus für Straßenterror.

Hohe Zuchthausstrafen im Essener Kommunisten-Prozess.

Essen, 5. Februar.

In dem Prozess gegen die 12 Essener Kommunisten, die in der Nacht zum 14. März 1931 einen Feuerüberfall auf einen Trupp von einer Versammlung beherrschender Nationalsozialisten verübt und dabei einen 18jährigen SA-Mann, den Aufseherleibschling Felgendreher, erschossen hatten, wurde am Freitag nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil verkündet.

Die Angeklagten Jünger und Wolff werden wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Verbindung mit versuchtem Totschlag, Raubhand, verschiedener Waffendelikte und Geheimbündelei zu je zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Versek und Schuler wegen derselben Delikte zu je acht Jahren drei Monaten Zuchthaus.

Von den übrigen Angeklagten werden sechs zu Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis drei Jahren verurteilt, während zwei freigesprochen werden. Den ersten vier Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

In der Begründung wird ausgeführt, daß die Angeklagten einer Verbindung angehört haben, deren Zweck bewaffnetes Auftreten gegen die Nationalsozialisten war. Einige Mitglieder dieser Verbindung haben den Befehl erteilt, die Nationalsozialisten zu überfallen. Die ersten vier Angeklagten haben die Tat ausgeführt. Der Ueberfall stellt sich rechtlich als Totschlag dar. Ueberlegung wird vom Schwurgericht nicht als erwiesen erachtet, obwohl nach dieser Richtung hin ein sehr starker Verdacht begründet erscheint. Die Tat grenzt an Mord und zeugt von großer Hysterie und Feigheit. Mildernde Umstände konnten den Angeklagten trotz ihrer Jugend nicht zugewilligt werden.

## Die Verfeuchung der Schulen.

Die Bombe pläht.

Altona, 5. Februar.

Im Saal des Altonaer Hois wurden heute abend 67 Jugendliche und Schüler verschiedener Lehranstalten angetroffen, die eine nicht angemeldete öffentliche Versammlung des nationalsozialistischen Schülerbundes abhielten. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst. Die Personalien der Beteiligten wurden festgestellt. Sie werden sich wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 strafrechtlich zu verantworten haben. Die Polizei hatte von der Veranstaltung durch einen Plakontwurf Kenntnis erhalten, der durch Zufall in ihre Hände fiel. Das Thema der Veranstaltung lautete: „Die Bombe pläht.“

# Der Jugendwächter von Altona.



Der Sowjetrusse: „Gib mir deinen Kassenblock, Lisa. Ich werde einen Artikel schreiben für die ‚Welt am Abend‘, wie ausschweifend dieser Otto Braun hier lebt.“

# Wird Margarine teurer?

Protest der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Reichskanzler.

Die Meldungen verkünden nicht, noch denen im Reichsernährungsministerium die Absicht besteht, der Erhöhung des Butterzollens nun auch bei anderen Fetten, insbesondere bei den Rohstoffen für die Margarinezubereitung, Zollerhöhungen folgen zu lassen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gleich beim ersten Auftreten dieser Gerüchte in einem Schreiben an den Reichskanzler auf die Gefahr aller derartigen Maßnahmen, besonders aber auf die Unmöglichkeit einer Einschränkung der zollfreien Einfuhr von Margarineerohstoffen hingewiesen.

Zollerhöhungen wichtiger Massenahrungsmittel stehen im direktem Widerspruch zu dem Grundgedanken der Preislenkung.

wie er in der Dritten Kolonialverordnung von der Reichsregierung immer zum Ausdruck gebracht worden ist. Schon die Zollerhöhung für Butter durchkreuzte diese Ideen.

Wiel schlimmer wäre es aber bei einer Einfuhrerleichterung der Margarineerohstoffe. Für die Massen der minderbemittelten Bevölkerung gibt es hier keine Möglichkeit, der Verteuerung durch Umwandlung auf ein billigeres Nahrungsmittel auszuweichen. Eine Verteuerung der Margarineerohstoffe würde die Massen der Arbeitslosen schwer treffen.

Außerdem würde ihre Folge ein weiterer Rückgang des an sich schon ungenügenden Fettverbrauchs und eine schwere Gefährdung der Volksernährung sein.

Der Landwirtschaft bringt eine Verteuerung der Margarineerohstoffe nicht den geringsten Nutzen. Kein Arbeitsloser, dem man das Pfund Margarine verteuert, wird dadurch in den Stand gesetzt, Butter zu verzehren. Im Gegenteil ist bei einer Belastung der Einfuhr von Margarineerohstoffen zu erwarten, daß die Familien, in denen neben Margarine und Schmalz heute noch eine kleine Menge Butter verbraucht wird, durch die Verteuerung der Margarine zum vollkommenen Verzicht auf Butter gezwungen werden würden.

Schon heute bestehen gewisse Gefahren einer Erhöhung der Margarinepreise deshalb, weil durch die seit kurzem eingetretene verschärfte Devisenbewirtschaftung den Margarinefabriken nicht mehr die zum Ankauf der Margarineerohstoffe erforderlichen Devisen zur Verfügung stehen.

Die Knappheit an Rohstoffen, die hierdurch unter Umständen bereits in den kommenden Wochen eintreten könnte, wird, wenn nicht bald Abhilfe geschieht, ebenfalls zu einer Erhöhung der Margarinepreise führen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat darum in ihrem Schreiben den Reichskanzler aufgefordert, allen Plänen auf

Befestigung der Einfuhr von Margarineerohstoffen von Anfang an unbedingten Widerstand entgegenzusetzen und zu verhüten, daß etwa auf dem Wege über die Devisenbewirtschaftung verstaatlichte Einfuhrbeschränkungen für Margarineerohstoffe und damit unerträgliche Preissteigerungen für dieses Volksernährungsmittel vorgenommen werden.

## Erhöhung der Holzpreise.

Schieles Zollgesetz für die Grüne Woche.

Als Entgelt eines stärkeren Schutzes der deutschen Forstwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsforstwirtschaftsrat am 3. Februar 1932 auf Grund der Zollerrückbildung vom 1. Dezember 1931 eine Erhöhung der Zölle für Hartholz und Erzeugnisse aus Hartholz beschlossen. Die bisher geltenden Zollsätze werden im allgemeinen verdoppelt. Im einzelnen handelt es sich u. a. um die Positionen für hartes Rundholz, hartes beschlagenes Holz, hartes Schnittholz, Eisenbahnschwellen, Holz für Wagen- und Jagdfabrikation und Fabelholz aus diesem Rohmaterial. Die Reichsregierung ist sich bemüht, daß diese Maßnahmen einen ersten Schritt gegen die Arentabilität der Forstwirtschaft darstellen können.

Die schwierige Lage der Holzwirtschaft ist bekannt. Die Preise liegen sehr tief. Neben dem kolossalen Druck des russischen Holzexports sind der zu Steuererleichterungszwecken gedrohte Baummarkt und der Stillstand aller industriellen Investitionen die Ursache. Für private und öffentliche Waldbesitzer ist das verhängnisvoll. Aber gerade von der niedrigen Preislage erwartet man eine Besserung der Konjunktur. Die Böhne der deutschen Wald- und Sägereiarbeiter wurden auch gefressen; die Waldbesitzer wurden also schon entlastet. Jetzt wird eine Tendenz zur Preiserhöhung geschaffen. Will man damit die Voraussetzungen zur Verbesserung der Wirtschaftslage schaffen? Das wird schwerlich gelingen. Aber wir fürchten, die Reichsregierung konnte sich den Professionen Schielens wieder nicht entziehen, zur Grünen Woche „der Landwirtschaft“ wieder einmal etwas zu bieten, unbedünnt um alle wirtschaftlichen Folgen, auch aller handelspolitischen Folgen.

## Um die Gefrierfleisch-Einfuhr.

Sozialdemokratischer Entwurf im Ausschuss angenommen.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte gestern den Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Einfuhr von Gefrierfleisch ab.

Er nahm ferner den folgenden sozialdemokratischen Beschlusstext über die Einfuhr von Gefrierfleisch an:

Artikel 1. Zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch wird mit Rückwirkung vom 1. März 1931 an jährlich ein Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen.

Artikel 2. Der § 12 (zwei) des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 547) in der Fassung des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 181) wird für das in Artikel 1 genannte Gefrierfleischkontingent aufgehoben.

Artikel 3. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erläßt die Reichsregierung nach Anhörung eines Reichsausschusses. In diese Bestimmungen sind besondere Sicherungen aufzunehmen, daß das Gefrierfleisch auf dem Wege vom Importeur zum Verbraucher nicht ungerichtlich verteuert wird. Die Durchführungsbestimmungen müssen daher eine planmäßige Beaufsichtigung und wirksame Kontrolle der Preisgestaltung sowohl beim Großhandel als auch im Kleinverkauf enthalten. Bei dem Transport von Gefrierfleisch nach Deutschland erhalten deutsche Schiffe den Vorrang.

Zur endgültigen Zurückweisung des Einspruchs des Reichsrats bedarf es der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags zum Beschluß des Haushaltsausschusses.

# Eiserne Front!

Unsere nächsten Versammlungen

Sonnabend, den 6. Februar:

Städtgut Wandorf: 15 Uhr, Redner: Genosse Hoymuth.

Sonntag, den 7. Februar:

Städtgut Lank und städtische Forsten in Lank: Vormittags 10 Uhr, Redner: Genosse Hoymuth.

Standard-Werke, Mix & Genest A.-G., Lorenz A.-G., Berliner Telefon A.-G., Schuchardt A.-G.: Vormittags 10 Uhr großer Saal Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25. Redner: Genosse Voß (vom Deutschen Metallarbeiter-Verband) und Emil Barth.

# Großbetriebe marschieren auf.

## Die Belegschaft der AEG in der Eisernen Front.

Vor den Arbeitern der AEG-Werke Brunnenstraße und Adlerstraße und der Firma Schwarzkopff sprach gestern im Schweinmücker Gesellschaftshaus im Rahmen der Kundgebungen für die Eisernen Front an Stelle des dienstlich verhinderten Berliner Postzeitungspräsidenten der Pressechef im Postzeitungspräsidium Gewisse Dr. Haubach. Die Versammlung war zum Besten überfüllt. Nachdem Genosse Haubach mit den Nazis abgerechnet hatte, richtete er an die kommunistischen Arbeiter den Appell, wenigstens so lange die Waffen des Bruderkampfes ruhen zu lassen, bis die nichtkommunistische Arbeiterchaft den nationalsozialistischen Spul verjagt hat, wenn sie es schon für richtig halten, der Eisernen Front gegen den Faschismus fernzubleiben. In der Eisernen Front ist für alle Platz, die die Republik und die Arbeiterbewegung vor der Vernichtung durch die nationalsozialistischen Unternehmern bewahren wollen. Sie wird den entscheidenden Schlag gegen den Faschismus führen auch ohne die kommunistische Partei, die sich in den Stunden der Gefahr noch nie als eine ehrliche Arbeiterpartei gezeigt hat. Stürmischer Beifall lohnte die portrefflichen Ausführungen des Referenten. In der Diskussion wartete man bei den kommunistischen Rednern vergeblich auch nur auf ein Wort gegen die braune Pest. Ein kommunistischer Arbeiterratmitglied der AEG bequiemte sich erst auf stürmisches Verlangen der Versammlung, seinen Kaskettentyp abzugeben. Der Versuch einiger Kommunisten, die ihren Phrasen ablehnend gegenüberstehende Versammlung kurz vor dem Schluss zu sprengen, mißlang an der Disziplin der Versammlungsteilnehmer.

### AEG, Treptow und Ehrlich & Graeb.

Vor den Arbeitern der AEG-Treptow und der Firma Ehrlich & Graeb sprach Genosse Stelling im Lokal Rennbahn am Bahnhof Treptow. Volle Geschlossenheit kennzeichnete den Geist der Versammlung.

Genosse Stelling unterzog das Programm der Nazis einer scharfen Kritik. Die Nazis verachten die Masse. Aus dieser Einstellung heraus wollen sie die Demokratie beseitigen. Die Arbeiterchaft aber darf nie vergessen, daß sie gerade der Demokratie die sozialen Rechte verdankt, die auch noch in dieser Notzeit verteidigt werden konnten. Nach Anschauung der Nazis sind Arbeitslose nur Strolche und Lagebiide. Für diese Auffassung zitierte Genosse Stelling zahlreiche Äußerungen aus Reden nationalsozialistischer Führer, insbesondere des Prinzen Kuni, der die große Masse der früher nicht „Beehrten“ mit Schweinen verglich hat.

Die Nazis wissen, daß sie nur durch die Besetzung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zur Macht kommen. Hitler, der Gendarm von Hildburghausen, fordert Zwangsarbeit, Dienstpflicht für Männer und Frauen gegen einen

Tagelohn von 50 Pf. Das bedingt Zerschlagung der Reinigungs- und Entrechtung der Arbeiterklasse. Darüber hinaus werden die Frauen vor allem als Gebärmaschinen betrachtet, die, soweit sie als „volkverdienlich“ anerkannt werden, auf Gehör der Rassezucht dienen sollen. Die Politik der Nazis bedeutet in die Praxis umgesetzte Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Eisernen Front muß diesen Bestrebungen entgegenzutreten und sie mit aller Kraft bekämpfen. (Begeisterte Zustimmung.) Auch die Kommunisten erklären immer wieder, daß sie erst die freien Gewerkschaften und die SPD, aus dem Wege räumen müßten, bevor sie zur Macht gelangen könnten. Bei ernsthaftem Willen der Anhänger der Eisernen Front wird sich zeigen, daß sie die Kraft sind und daß sie siegen werden.

Die Ausführungen des Genossen Stelling wurden mit Begeisterung aufgenommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

### Kassenangestellte für Eisernen Front.

Am Donnerstag versammelten sich die Krankenkassenangestellten Berlins in einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten im großen Saal des Gewerkschaftshauses, um zunächst einen Vortrag des Genossen Hugo Brenke über „Weltwirtschaftskrise und Angestellte der Sozialversicherung“ entgegenzunehmen.

Nach Vornahme der turnusmäßigen Wahlen, die außer einer durch einen Todesfall notwendig gewordenen Ersatzwahl die Wiederwahl der bisherigen Sektionsleitung ergaben, schloß Genosse Bog die Versammlung mit einem begeisterten Aufruf an die Krankenkassenangestellten, sich in die Eisernen Front einzureihen. Einstimmig schlossen sich die rund 1000 versammelten Krankenkassenangestellten der Entschiedenheit an, die eine Vertrauensmännertagung gefordert hatte und in der die Bildung der Eisernen Front mit großer Freude begrüßt wurde. Die Versammelten gelobten, als entschiedene Republikaner tatkräftig den Kampf zu führen gegen die Feinde der Republik, gemeinsam mit dem freitänig gefonnenen werktätigen Volke.

### Bezirksamt Mitte marschiert mit.

Im „Hadelchen Hof“ sprach vor vollbesetztem Saal Genosse Bürgermeister Meiß zu den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Bezirksamts Mitte unter stürmischem Beifall. Er rechnete scharf mit dem Numbatum der Nazis ab. „Wenn der Staat nicht selber den Schutz seiner treuen Bürger übernimmt“, rief Meiß zum Schluss aus, „dann wird sich die Arbeiterchaft selbst schützen.“ Der Aufforderung des Redners, in die Eisernen Front einzutreten, folgten die Anwesenden, indem sie sich restlos in das ausliegende Eisernen Buch eintrugen.

denksamen Widerstand stoßen. „Die Gewerkschaften“ — so betont die „Gewerkschaftszeitung“ — „haben jederzeit den einzig möglichen Weg gewiesen: Zusammenlegung von Arbeits- und Wohlfahrtsvereinen zur einheitlichen, von Reich, Ländern und Gemeinden getragenen und vernünftig ausgestatteten Reichsarbeitslosenhilfe. Diesen Weg hat die Reichsregierung bisher abgelehnt. Sie wird ihn gehen müssen oder sie muß den überlasteten Gemeinden beistehen. Den von Goerdeler propagierten Weg der Einbeziehung der Arbeitslosenversicherung in ein einheitliches Erwerbslosenfürsorgesystem, also die Beilegung der Arbeitslosenversicherung, lehnen die Gewerkschaften als für sie absolut indiskutabel ab.“

### Der Abwehrkampf der Buchdrucker.

#### Streik in der Buchdruckerei Karl Hansen.

In der Buchdruckerei von Karl Hansen, Berlin N., Charitéstraße 30 (Verlag der „Rundfunk-Rundschau“), sind alle Kollegen wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Bei Konditionsangeboten sind vorher Erkundigungen auf dem Gewerkschaftsbüro, Engelauer 24/25, Zimmer 13, einzuholen. Der Gewerkschaftsrat.

### 3200 Arbeitslose im Friseurgewerbe.

#### Organisation statt Vereinspielerei.

Von einer „Vereinigung der Damen- und Herrenfriseurvereine Groß-Berlins“ — daß es sich um Gehilfenvereine handelt, geht aus diesem Titel nicht hervor — geht uns eine Warnung vor der Erkennung des Friseurgewerbes zu. Das Existenzminimum und die Beschäftigungsmöglichkeit seien so gering, daß eine Ernährung in dem Gewerbe nur unter besonders günstigen Umständen in Frage kommt. In Berlin haben wir über 3000 Arbeitslose unseres Gewerbes. Dem stehen nur etwa 800 ausgebildete Beschäftigte gegenüber. In allen Großstädten das gleiche Bild.

Tatsächlich haben wir in Berlin 2400 arbeitslose Friseurgehilfen und 800 Friseurinnen. 65 Proz. der Gehilfen und Gehilfeninnen sind arbeitslos, 20 Proz. arbeiten verkürzt und nur 15 Proz. sind noch voll beschäftigt. Das Friseurgewerbe leidet außerordentlich unter der Massenarbeitslosigkeit der Arbeiter und Angestellten, in Berlin wie in allen anderen Industriezweigen. Was jedoch die Verhältnisse im Berliner Friseurgewerbe besonders kennzeichnet, ist der Mangel an Organisation, bei einem Ueberfluß an Vereinen.

Die selbständigen Friseure sind in 14 freien und Zwangsvereinigungen vereinigt, und alle Versuche, die in den letzten Jahren gemacht wurden, um eine Vereinheitlichung herbeizuführen, sind von einem Teil der Meister vereitelt worden. Nicht besser sieht es bei den Gehilfen aus. Wie diese Vereine die genannte Vereinigung umschließt, ist uns nicht bekannt, jedenfalls steht die Zahl der neben der Gehilfenorganisation bestehenden Gehilfenvereine der Zahl der Meistervereinigungen kaum nach. Doch gerade diese Vereine sind es, die der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation der Friseurgehilfen Berlins im Wege stehen.

Die Lehrlingszucht wird zwar weniger in Berlin als in der Provinz getrieben, doch wird Berlin von den Ausgeleiteten aus der Provinz überflutet. Lokale Vereinigungen, selbst

wenn sie den besten Willen dazu hätten, können weder der Behauptung noch sonstigen Mißständen begegnen. Das kann nur eine starke gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen.

Der Gesamtverband, die für die Friseurgehilfen zuständige gewerkschaftliche Organisation, bereitet für seine Reichsgruppe Friseur eine umfassende Agitation vor. Viele organisierte Arbeiter und Angestellte haben Gelegenheit, die unorganisierten Friseurgehilfen und -gehilfeninnen auf ihre Organisation im Gesamtverband hinzuweisen und sie zum Beitritt zu veranlassen. Auskunft erteilt der Leiter der Berliner Ortsgruppe der Friseurgehilfen Otto Bumbal, R. 24, Johannisstr. 15/16 (Tel.: Norden 6361).

### Streikbewegung in Ostoberschlesien nimmt zu.

#### Zusammenstöße zwischen Bergarbeitern und Polizei.

Katowitz, 5. Februar.

Die Streikbewegung in Ostoberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. So ist am Freitag früh auch die Belegschaft der Ferdinand-Grube nicht eingefahren. Auf den Gleise-Gruben wird weitergestreikt. Auf der Leopold-Grube in Jalenze kam es am Donnerstag zu Zusammenstößen zwischen den Bergarbeitern und der Polizei. Die Belegschaft verfuhr die mit Rotstandsarbeiten beschäftigten Bergleute zu entfernen. Die Grubenverwaltung forderte polizeiliche Hilfe an, die das Grubengelände säuberte und den Räubersführer festnahm. Auf den übrigen Gruben, auf denen die Belegschaften Streikabsichten äußerten, wurden von den Verwaltungen vorübergehend Feiertagsarbeiten eingelegt.

### Berwerfliche Methoden.

Trakelnen, 5. Februar.

Bei einem Streik der Landarbeiter bei Gutsbesitzer Müller in Schröterlauken bei Trakelnen wurden Freitagmorgen die ordnungsmäßig vom Arbeitsamt überwiesenen Arbeitswilligen von Streikenden überfallen. Ein Arbeiter Dietes aus Gumbinnen wurde dabei verletzt und befindet sich im Gumbinner Kreiskrankenhaus. Die Streikenden hatten die Telefonleitung des Gutsbesitzers zerstört. Angeblen ist der Streik auf Hege der RGO, hin ausgebrochen. Der Regierungspräsident aus Gumbinnen hat ein Kommando Schutzpolizei nach Schröterlauken verlegt, um einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen zu erreichen.

### Die spanischen Gewerkschaften.

#### Für die Verteidigung der Republik.

Die Kommunisten prahlen damit, daß an dem von ihrer Partei in Sevilla proklamierten Generalkrieg 70 000 Arbeiter beteiligt seien. Tatsache ist jedenfalls, daß Spanien — seitdem es eine Republik ist, vor lauter wilden Streiks — angezettelt von republikanischen Elementen — nicht zur Ruhe kommt.

Kun hat im Hinblick auf die Verheerung der Bevölkerung und die Gefährdung der Republik durch veranwortungslöse Streiks und Zustände der dem IGB angeschlossene spanische Gewerkschaftsbund eine Proklamation erlassen, in der es u. a. heißt:

„Die Vergangenheit des spanischen Gewerkschaftsbundes gibt ihm das moralische Recht, die Arbeiterchaft aufzufordern, diesen verächtlichen Provokationen zum Streik kein Gehör zu schenken. Im gegenwärtigen Augenblick würden durch einen Streik keine Probleme gelöst, hingegen würde die Lösung aller Probleme erschwert.“

Wir fordern deshalb alle zur Disziplin auf. Sparen wir unsere Kräfte, um sie im richtigen Augenblick wirksam für die Sache der Freiheit und den Erfolg der Forderungen der Arbeiterchaft einsetzen zu können!

### Lohnkrise im französischen Bergbau.

Paris, 5. Februar.

Die Lohnkrise im französischen Bergbau hat sich bisher trotz des vermittelnden Eingreifens der Regierung nicht lösen lassen. Am nächsten Mittwoch soll daher der Nationalrat der Bergarbeiter zu einer außerordentlichen Sitzung in Paris zusammentreten, in der nicht nur die Lohnfrage, sondern auch das gesamte Kohlenproblem behandelt werden soll.

### Die CGT. und die Wirtschaftskrise.

Paris, 5. Februar.

Der allgemeine französische Arbeiterverband (CGT) hat angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage beschloffen, die Sitzung seines Nationalrats um einige Wochen vorzuzerlegen, und zwar soll sie bereits am 8. Februar stattfinden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wirtschaftskrise und die Abrüstungskonferenz.

Die Zahl der unterfüßigen Arbeitslosen ist in Frankreich während der am 30. Januar zu Ende gegangenen Woche um 15 663 auf 241 437 angestiegen. Zur gleichen Zeit des Vorjahres wurden amtlich nur 28 536 Arbeitslose gezählt. Außerdem konnte 278 683 Arbeitsuchenden keine Beschäftigung vermittelt werden, was gegenüber der Vormonats eine Erhöhung um rund 15 000 bedeutet.

### 900 000 Arbeitslose in der Tschechoslowakei.

Prag, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Die Erwerbslosenziffer in der Tschechoslowakei hat sich im Januar um 100 000 Personen erhöht und betrug nach der offiziellen Zählung am 1. Februar 580 000 Personen. Von den Gewerkschaften werden allein 80 000 Erwerbslose unterstützt. Der Staat sorgt für eine halbe Million Erwerbslose. Die tatsächliche Erwerbslosenziffer ist aber bedeutend höher und wird auf circa 900 000 Personen geschätzt.

Der Ministerrat beschloß am Freitag, für die nächsten vier Wochen 20 Millionen Tschechosloven (2½ Million Mark) für die Erwerbslosenunterstützung und 2½ Millionen Kronen (200 000 M.) für eine Vertiefungsaktion zu bewilligen. Der Entwurf des Fürsorgeministers Genossen Dr. Czech zur Schaffung eines Fonds für Erwerbslosenunterstützungen stößt bei den Agrariern und Nationaldemokraten auf starken Widerspruch.

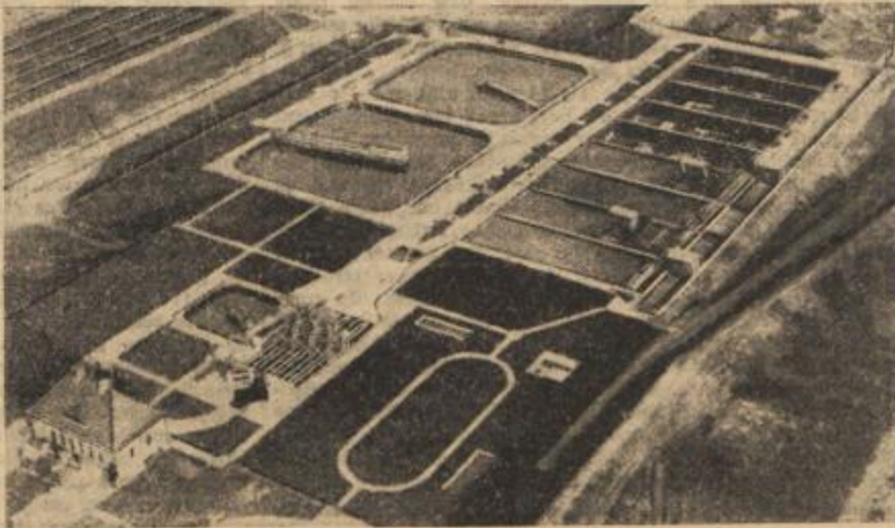
### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Sonnabend, 6. Februar, findet folgende Veranstaltung statt: **Abend: Jugendheim (Jugendstr. 65 (L. Bohn Bobbinstraße), U-Bahnhof)**

Verantwortlich: Dr. Teitge, Veritas 2411; Schriftf. G. Altmann; Gewerkschaftsberatung: A. Ehrhard; Redaktion: Dr. John G. Kowalski; Volontäre und Korrespondenten: Fritz Hartmann; Anzeigen: B. Gled; sämtlich in Berlin. Verleger: Friedrich-Berlin S. m. b. H. Berlin. Druck: Norddeutsche-Verlags- und Vertriebsanstalt Carl Singer & Co., Berlin G 15 02, Rindfleischstr. 2. **Stier 2 Helgen.**

# Das Werk von Stahnsdorf

Die Menschen des Altertums kannten sieben Weltwunder. Die Zahl der heutigen Weltwunder ist unbekannt. Aber sicherlich gehört zu ihnen auch die Großkläranlage, die die Stadt Berlin in Stahnsdorf errichtete. Magistratsbaumeister Dr. Ing. Erich Beife sprach im Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin über dieses bemerkenswerte Bauwerk. Ein Film unterstützte die Ausführungen und ließ vor allem den Arbeitsgang der Anlage erkennen.



Die Berliner Stadtvorordneten hatten 1929 der Errichtung des Werkes zugestimmt. Im September 1931 konnte bereits der Betrieb aufgenommen werden. Um welche Arbeitsmengen es sich bei der Fertigstellung handelte, zeigen folgende Zahlen: Es wurden 200 000 Kubikmeter Erde ausgehacht, 63 000 Kubikmeter Beton wurden zur Schaffung der Klärbecken, der Vorfaulkammern und Faulkammern und der übrigen Bauten in die Erde gesenkt. Nicht weniger als 40 000 laufende Meter Rohrleitungen und 10 000 Meter Kabel wurden verlegt. Die neu geschaffenen Straßen haben einen Oberflächeninhalt von 26 000 Quadratmeter. Die zum Einbau gekommenen Eisenkonstruktionen wie Rechen, Krane usw. wiegen 1200 Tonnen. Die zur Ausführung gekommenen Hochbauten wie Wohnbauten, Verwaltungsgebäude und Maschinenhaus weisen 45 000 Kubikmeter umbauten Raum auf.

Das Arbeitsverfahren der Kläranlage muß als außerordentlich wirtschaftlich bezeichnet werden. Es eripart nicht nur die Reinigung von Kieselsteinen, sondern nutzt auch die in den Abwässern enthaltenen Energiemengen aus. In wasserarmen Ländern würde die Einrichtung solcher Anlagen den Wasserverbrauch auf ein Zehntel der bisherigen Mengen senken. Das hier zur Klärung des Wassers angewandte Verfahren ist der Natur abgelauscht und das wiedergewonnene Wasser ist durchaus einwandfrei. Erst wenn das gleiche Wasser zehnmal den Weg durch die Anlage machen würde, wäre es mit Kochsalz herartig angereichert, daß die Gesundheitsgrenze erreicht wäre. Da Berlin ständig mit frischem Wasser beliefert wird, kommt ein so rationaler Kreislauf natürlich nicht in Frage. Der Film zeigt nun, wie in den Vorreinigungsbecken die Arbeit der Protozoen, winzigen Lebewesen, wie Pantoffeltierchen, Nädertierchen, Schlammwürmern und ähnlichen, die die im Schlamm enthaltenen Bakterien vernichten. Dadurch werden die halbgeflossenen und gelösten Schmutzstoffe ausgeflockt. In diese Vorreinigungsbecken wird Druckluft geschickt, so daß der lebensnotwendige Sauerstoff in reichem Maße vorhanden ist. Der so vorbereitete Schlamm kommt nun in die Vorfaulkammern, verliert hier einen großen Teil seines Wassergehalts, wandert dann in die Erwärmungskammern und wird endlich in die Faulkammern geschickt, in denen er zwei bis drei Monate bleibt. In dieser Zeit entwickelt sich Methan, Sumpfgas, das zum Betriebe der im Maschinenhaus aufgestellten Gasmaschinen verwendet wird, die ihrerseits wieder den für die Anlage nötigen Strom erzeugen.

Der Zweck der Stahnsdorfer Versuchsanlage ist vollkommen erreicht worden. Es wurde bewiesen, daß die Abwässerreinigung bei richtiger Baugestaltung auch im Weichbilde der Stadt vorgenommen werden kann. Selbstverständlich können die gewonnenen Schlammengen nach genügender Ausfäulung wieder landwirtschaftlichen Zwecken dienlich gemacht werden. Ein besonderer Vorzug der Anlage aber ist, daß bei ihrem Betrieb keine Geruchsbelästigung auftritt und daß auch die beim Kieselbetrieb so unangenehme Fliegenplage beseitigt wurde.

von Berlin-Mitte und die beiden Staatsanwälte, wurden zum Teil aus dem Wagen geschleudert, zum Teil gerieten sie unter das umgestürzte Auto. Automobilisten und Bauern bemühten sich um die Verletzten. Wie noch nachträglich bekannt wird, ist auch der Polizeifahrer Bengler, der neben Oberamtsanwalt Brehmer saß, schwer verletzt worden. Er erlitt eine Verletzung der Wirbelsäule. Ein völlig klares Bild wird sich erst ergeben, wenn alle Verunglückten vernommen werden können.

**Eine authentische Darstellung des Falles Dehn.** Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ veröffentlicht in ihrem sechsten herausgegebenen Organ „Die Menschenrechte“ eine authentische Darstellung des Falles Dehn. Das Heft ist zum Preis von 40 Pf. durch die Geschäftsstelle, Berlin N. 24, Rönthildplatz 10, Eing. IV/III, zu beziehen.

**Das Mitgliedbuch des früheren Genossen Armin Schubert.** Berlin N. 24, Rönthildplatz 10, ist angeblich verlostgegangen. Es zu erlangen ist, daß mit dem Buch Mißbrauch getrieben wird, ersucht der Reichsverband es dem Verleger abzunehmen.

## Tariffentung im Nahverkehr. Einzelfahrt 3. Klasse von 25 auf 20 Pfennig gesenkt.

Zur Erleichterung des Nahverkehrs auf den äußeren Vorortstrecken wird vom 1. April d. J. ab außerhalb der Nahzone in allen Stationsverbindungen bis zu 5 Kilometer Entfernung statt der ersten Preisklasse nur der Preis der Nahzone erhoben. In diesen Verbindungen werden also die Preise für die Einzelfahrt in der 3. Klasse von 25 auf 20 Pfennig, in der 2. Klasse von 40 auf 30 Pfennig, die Preise der Monatskarten 3. Klasse von 10 Mark auf 8 Mark, 2. Klasse von 15 Mark auf 13,50 Mark, die der Arbeiterwohnenkarten von 1,90 Mark auf 1,60 Mark gesenkt.

Gleichzeitig wird die Zoneneinteilung in der Weite geändert, daß von den Ausgangsbahnhöfen aus höchstens 8 (bisher 9) Preisstufen gerechnet werden. Dadurch ermäßigen sich die Fahrpreise auf den meisten Verbindungen mit Fürstenwalde. Zu gleichem Zeitpunkt werden die Bahnhöfe Dreilinden und Stahnsdorf-Reichsbahn im Verkehr nach Berlin und darüber hinaus mit Wannsee in eine Zone zusammengefaßt.

## Morphinisttragödie.

Drogist als Händler entlarvt und verhaftet.

Seit geraumer Zeit geriet ein Drogist Friedrich W. aus der Kreuzbergstraße in den Verdacht, einen schwunghaften Handel mit Morphin zu treiben. Beamte des Sonderdezernats beobachteten ihn und nahmen ihn gefesselt, als er bei seinen Kunden einen größeren Posten Kaufgifte abliehen wollte. Mit der Verhaftung dieses Mannes entdeckte die Kriminalpolizei eine Morphinisttragödie, in deren Mittelpunkt drei ältere Frauen stehen.

Es ergab sich, daß W. von einem Arzt aus der Kaiserallee in Berlin B. Rezipie bezog, die er in verschiedenen Apotheken vorlegte. W. lieferte einen Teil des Giftes, das er bezog, an drei ältere Frauen aus, die zusammen in der Brunnenstraße wohnten und als unheilbare Morphinistinnen bekannt waren. Diese drei Unglücklichen lebten in erbärmlichen Verhältnissen. Sie bezogen nämlich Wohlfahrtsunterstützung, und es ist rätselhaft, wie sie das Geld auftrieben, um W. das Morphin abtaufen zu können. Die Frauen sind seelisch und körperlich heruntergekommen und waren ganz in den Händen des Drogisten.

Man nimmt an, daß W. nicht nur diese drei Frauen mit Kaufgiffen versorgt hat, sondern auch noch einen anderen Interessenten besetzte. Der Verdienst an dem Handel war immerhin so groß, daß er davon leben konnte. Als er jetzt verhaftet wurde, nahm man auch die drei Frauen ins Verhör. Sie legten ein umfassendes Geständnis ab.

## Carnera „Sieger“ über Göhring.

Zum ersten Male ging gestern abend im Sportpalast der italienische Boxer Carnera in einen deutschen Ring, um gegen Göhring-Stuttgart einen sehr unfaulernen Kampf zu liefern. Carnera wog 122,8 Kilogramm, Göhring nur 93,6 Kilogramm. Der Italiener gewann, wenn man es so nennen will, in der fünften Runde. Göhring gab den Kampf wegen einer Fußverletzung auf.

**Das Postamt Berlin-Schöneberg 5** wird am 20. Februar nach Dienstschluss aus den bisherigen Räumen, Grünwaldstr. 41, nach neu hergerichteten Räumen in der Weraner Straße 1 am Bayerischen Platz verlegt werden.

**Im Institut für Sexualwissenschaft** hält am Montag, dem 8. Februar, im Ernst-Hoedel-Saal (In den Zelten 9a — Eingang: Gartenportale), 20 Uhr, Archivar Dr. Giese einen Vortrag mit Lichtbildern über „Sexuelle Triebabweichungen“. Unkostenbeitrag 40 Pf., Erwerbslose die Hälfte.

## Wenn Richter Auto fahren.

Kollateralmaterie an der Stelle des Autounglücks.

Auf der Chaussee zwischen Brandenburg und Rauen, auf der am Donnerstagnachmittag der Wagen des Polizeinstituts für Technik und Verkehr verunglückte und ein Todesopfer sowie mehrere schwerverletzte forderte, ist am Freitag von Sachverständigen ein Kollateralmaterie abgehalten worden. Die Chaussee ist an der Unglücksstelle stark gewölbt, an der rechten Seite führt ein schmaler Sommerweg entlang. Der am Steuer sitzende Oberamtsanwalt Brehmer geriet in etwas hartem Tempo an der durchaus übersichtlichen Kurve mit dem rechten Vorder- und Hinterrad auf den Sommerweg. Beim Versuch, wieder die feste Fahrbahn zu gewinnen, kam der Wagen ins Schleudern. Brehmer hat offenbar das Steuer zu scharf herumgeriffen, denn plötzlich kippte der Wagen infolge der Geschwindigkeit über das rechte Vorderrad und überschlug sich. Staatsanwaltschaftsrat Lettner wurde buchstäblich erdrückt, die übrigen Insassen, die Verkehrsrichter

Halbschlummer sieht er durch die eisernen Gitter der Fenster auf den nassen Hof.

Billy hat verzehrende Sehnsucht nach der Sonne, aber er gesteht sich diese Sehnsucht nicht ein.

Eines Tages, als es zum Frühling geht, hat er das Engagement für eine Zirkustour in der Tasche.

Jetzt gehen sie auf Reisen, die Ferne wird für sie ganz nahe. Er schüttelt Anita die Hände. Es lachen ihre Gesichter, es freuen sich ihre Herzen.

### 68 Städte in der Saison.

Nun leben Billy und Anita in der Zeltstadt. Sie ist schön, sie ist interessant diese Stadt. Große Fahnen an mächtigen Masten flattern am Eingang, viele kleine, auf Leinen gezogene Fahnen laufen außen am Zelt in die Höhe und unter dem Zeltstimmeln hängen auch wieder Fahnen. Fahnen aller Länder und desgleichen Fahnen aus dem Reich der buntesten Farbenphantasie. Es ist Frühling, die Sonne spendet noch nicht genügend Wärme, damit jeder Tag gemächlich ist. Die Erde ist voll Frost und Nässe. Ein paar warme Sonnenstrahlen bringen keine Austrocknung, sie fördern schmutziges Wasser aus Lagesicht. Oft kühlt der Boden wie Lehm an den Stiefeln. Anita und Billy erschauern des öfteren. Während des Winters haben sie sich zu viel in geheizten Räumen aufgehalten, ihre Körper sind gegen Temperaturschwankungen stark empfindlich geworden. Billys Finger waren einmal derart klamm, daß ihm in der Manege die Bullpeitsche aus den Händen fiel. Doch hier gibt es nur eins, die Zähne zusammenzubeißen, man muß und muß durch. Und wenn am Mittag der Himmel schön blau ist, dann sieht das Herz eines jeden Zirkusmenschen wieder voll kühner Hoffnungen. Was es dann auch am Abend graupelt! Man hat mal wieder blauen Himmel gesehen, bald zieht der wirkliche Frühling ins Land, bald wird es richtig warm und nicht nur vorübergehend.

Noch immer imponiert Anita sowohl wie Billy der Aufbau und der Abbruch des Zirkus. Da sieht man morgens einen großen leeren Platz vor sich, der die Wüstenei in irgendeinem Stadtbild versinnbildlicht. Man erblickt nur ein paar Wagen mit Sägemehl und ein paar neugierige Menschen. Radiofahrer, die abgestiegen sind, ihre Fahrräder aneinander gestellt haben und in Richtung Bahnrampe Ausschau halten. Dann rattern die ersten Zirkuswagen heran. Eisenreiter holpern auf den Plätzen. Drei, vier Polizisten, die auf und ab gingen, kommen näher und sperren ab. Bald steht auch schon der erste Mast, dann der zweite, der dritte, der vierte. Die

Zeltleinwand bläht sich hoch, gleich einem aufsteigenden Luftballon. Außen klettern die Luftturner hoch und bringen ihre Apparate an.

Wagen auf Wagen rollt heran, sie stehen auf jedem Gelände gleich, der Artist geht stets die gleichen Schritte durch die Zirkusstadt. Sobald die Bureauwagen stehen, huscht Anita hinein und holt sich Adressen. Die Offerten laufen haufenweise ein, jeder will gerne etwas verdienen, will ein Zimmer vermieten, wenn der Zirkus kommt. Da werden „wanzenfreie Betten mit Kochgelegenheit“ angeboten usw.

Oft steht der Zirkus nur zwei bis drei Tage in einer Stadt.

Da muß schon jeder drei Mark die Nacht fürs Bett bezahlen. Es stellt sich teuer dieses immerwährende Reisen. Anita und Billy suchen oft lange, bis sie zwangende Zimmer gefunden haben. Eigentlich wollte Anita tochen. Sie sorgt gerne für jemanden, doch würde diese Belastung für sie zu viel. Billy und Anita essen in der Gemeinschaftsküche zu Mittag und abends nach der Vorstellung hocken sie noch in irgendeinem Restaurant. Sie sind beinahe zu müde, um zu essen und auch zu müde, um zu sprechen, und wenn Billy Anita nach Haus bringt, dann weiß sie oft nicht einmal die Hausnummer, sondern nur die Straße und sie kennt das Haus.

Anstrengend ist dieses Leben und doch freuen sich beide, dabei zu sein.

Wieder wird der Zirkus abgebrochen. Anita und Billy, die als letzte Nummer arbeiteten, haben ihre Sachen schnell in einen Koffer geworfen. Eigentlich widerstrebt es ihrem Ordnungssinn, die Sachen nach verpackt einzupacken. Aber das ist nicht zu ändern. Zehn Minuten nach ihrem Austritt muß der Koffer zugeschlagen sein; denn dann rollt der Gardeobewagen vom Platz.

Billy und Anita wollen nicht so warm in die Nachtluft hinaus. Sie stehen unter dem sich langsam senkenden Zelt. Es bietet etwas Schutz, es hält noch die Wärme von allen den Menschen, die es beherbergt.

Die Luftturner, stets die ersten auf dem neuen Platz und die letzten vom alten Platz, nehmen ihren Apparat ab. Die Frau des Fängers ist unfähig behilflich. Sie trägt regelrechte Männerhosen und hohe Stiefel. Sie packt kräftig zu. Man sieht sie eigentlich immer in diesem Aufzug, nur daß sie sonst, wenn sie sich vom Publikum beobachtet weiß, einen weißen Kittel trägt. (Fortsetzung folgt.)



Billy sagt: „Anita, hast recht.“  
Der Elefantendompteur nickt zustimmend.  
Dann klopft Billy ihm auf die Schulter und sagt:  
„Komm, wir wollen in den Stall gehen und die Elefanten um Entschuldigung bitten, weil die Menschen so dusselig über sie geredet haben. Du bist mit deinen Elefanten gut und sie sind zufrieden, damit ist für uns die Sache erledigt. In der Freiheit müssen die Elefanten auch arbeiten, sie haben es sogar sehr schwer, sich redlich durchs Leben zu schlagen.“

Billy hat zwei Vorstellungen täglich; zudem reitet er noch für die Wild-West-Schau Reklame. Er legt dem Tigerschub selbst die Eisen unter, bevor es über Asphalt geht. Ach, Asphalt, Billy haßt ihn, der Pferde wegen.

Billy hat sich auf ein Klodenspiel eingeschossen, das nach seinen Treffern die Melodie spielt „Neb' immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab.“ Ein Clown singt das allbekannte Lied mit dem Refrain „Und wenn du was gestohlen hast, gib mir die Hälfte ab.“

Das gefällt den Berlinern; denn eine Korruptionsaffäre ist ja immer fällig und jeder bezieht den Refrain gerade auf die letzte Unterschlagung. So ist Billy eigentlich wider Willen immer aktuell.

Billy ist müde, Billy ist abgebannt und er weiß, er hat kräftiges Rot nötig, sobald er in die Manege muß.

Wenn er abends nach der Vorstellung durch die licht-erfüllten Straßen geht, um Anita bis vor die Haustür zu begleiten, dann kneift er bisweilen die Augen zu und sagt: „Oh, nicht müde werden, nicht müde werden.“

Anita geht schwer neben ihm und sagt: „Nein, wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen.“

Ach, das viele künstliche Licht, der nie verstummende Lärm. Billy hockt mitunter auf einem großen Koffer in der immer dunklen Combogarderobe und befürchtet, daß jemand eintritt und das elektrische Licht andreht. Billy will so im Sigen einen Augenblick schlafen, er ist müde, nur müde. Im

# Aktien-Prospektbetrug?

Alles erklärt sich ganz korrekt, sagt Rahenellenbogen.

Im Rahenellenbogen-Prozess wurde gestern der letzte Anklagekomplex erörtert: der Aktien-Prospektbetrug.

Das Kapital der Schultheiß-Raheneller-Aktiengesellschaft sollte durch Ausgabe von 25 Millionen Stammaktien und 15 Millionen Mark Vorzugsaktien auf 75 Millionen Mark Stamm- und 15 Millionen Mark Vorzugsaktien erhöht werden. Damit die jungen Aktien auf der Börse zugelassen werden, bedurfte es der Veröffentlichung eines Aktien-Prospektes. Den Angeklagten Rahenellenbogen und Penzlin wird vorgeworfen, daß sie, um den Kurs der jungen Aktien zu beeinflussen, gewisse Tatsachen im Prospekt verschwiegen hätten: die Verpflichtungen aus den Konfortalverträgen seien nicht angegeben worden, die Forderung an die Nutria sei als Bankguthaben bezeichnet worden, die Bürgschaft der Nordhese für 10 Millionen Mark sei nicht ausgeführt worden. Rahenellenbogen findet für alles eine ganz plausible Erklärung: die Verpflichtungen aus den Konfortalverträgen waren bloß Eoventualverpflichtungen. Die Bürgschaft der Nordhese sei nicht angegeben worden, weil auf dem Fragebogen des Berliner Börsenvorstandes eine dahingehende Frage überhaupt nicht enthalten war usw. Weshalb hatte aber Rahenellenbogen die Deutsche Bank, die den Prospekt veröffentlichen sollte, darum gebeten, seinen Namen nicht darunter zu setzen? Das sei durchaus nicht geschehen, erklärt Rahenellenbogen, in der Absicht, sich der Verantwortung für den Prospekt zu entziehen; stand denn nicht seine handschriftliche Unterschrift unter dem Prospektentwurf. Es sei aber nicht seine Art, sich in den Vordergrund zu drängen; er sei peinlich bemüht gewesen, alles zu vermeiden, was nur im entferntesten geeignet gewesen wäre, den Anschein zu erwecken, als sei er bestrebt, die früheren Schultheißmänner zu verdrängen. Im übrigen konnte durch den Aktien-Prospekt überhaupt niemand geschädigt werden. Sie wurden fast ausschließlich von den alten Besitzern der Ostwerke-Aktien erworben. Sie taten das nicht wegen des günstig lautenden Prospektes, sondern aus dem Vertrauen heraus zum Schultheiß-Raheneller-Konzern... Die Anklage ist anderer Meinung.

Montag beginnt die Beweisaufnahme. Der Direktor der Danabank, Jakob Goldschmidt, soll als Zeuge vernommen werden.

# Sturmflutschäden bei Danzig.

Wasser 30 cm hoch in den Häusern.

In diesen Tagen stieg infolge des starken Sturmes die „rote Weichsel“ so hoch, daß sie bei Schneidmühl in breiter Front die Ufer überschwemmte. Das Wasser stand stellenweise vor den Häusern einen halben Meter hoch. Noch größere Überschwemmungen rief der Nordweststurm bei Heubude hervor. Das Wasser stieg über die Dammhöhe und stand bis 30 Zentimeter über die Fußböden der Wohnungen. Kurz vor Mitternacht legte der Sturm mit erneuter Heftigkeit ein, so daß das Wasser weiter stark über die Ufer drang. Erst Dienstag früh trat die Weichsel etwas zurück. Auch am Strand hat der Sturm riesige Verwüstungen angerichtet. Die Badeanstalt von Weichselmünde wurde fortgerissen. Der ganze Strand bis zum Weichseldurchbruch ist mit Brettern und Holzstücken besät. In diesen Stellen wurden die Bordünen unter- und sogar abgspült.

# Schiffskatastrophe auf hoher See.

New York, 5. Februar.

Der belgische Dampfer „Jean Jado“ teilt heute durch Funkpruch mit, daß er 365 Meilen östlich von Halifax mit einem Fischereischoner aus Boston zusammengestoßen sei. Der Fischereischoner sei untergegangen. Von seiner Besatzung hätten sechs Mitglieder gerettet werden können; 21 würden vermisst.

# Blutiges Ende eines Mieterstreits.

Einen blutigen Abschluß fand gestern mittag ein Streit, der sich im Hause Friedrichsberger Straße 17 im Nordosten Berlins zwischen Mietern und der Familie des Portiers abspielte. Die Frauen der in Fehde liegenden Parteien trafen sich gestern im Hausflur, und es kam sofort zu einem heftigen Wortwechsel, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Der 30 Jahre alte Nordmaler Karl Sangwald aus der Paul-Singer-Str. 29, der zufällig in das Haus kam, versuchte, den Streit zu schlichten und geriet schließlich mit einem 22jährigen Herbert Müller aus der Pallasstraße 79 in Streit, der die Partei der einen Frau ergriffen hatte. Müller zog plötzlich einen Trommelrevolver, der mit Schrot geladen war und feuerte Sangwald ins Gesicht, so daß er besinnungslos zusammenbrach und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Ueberfallkommando, das von Hausbewohnern alarmiert worden war, nahm den Täter fest.

# Erfolgreiche Grüne Woche.

Auf dem Ausstellungsgelände am Funkturm herrscht nach wie vor Hochbetrieb. Auch die Besucherzahlen der letzten Tage übertreffen die gleichen Ziffern des Vorjahres der Grünen Woche zum Teil nicht unerheblich. Eine Rundfrage bei den verschiedensten Industrieausstellern hat ergeben, daß auch die Erwartungen der ausstellenden Firmen voll erfüllt, in vielen Fällen weit übertroffen wurden. Technische Neuerungen in landwirtschaftlichen Maschinen haben das besondere Interesse zahlreicher Besucher. Die Standinhaber sind von morgens bis abends nicht nur damit beschäftigt, sachkundige Auskünfte zu erteilen, auch Aufträge, vereinzelt sogar in erfreulich großem Umfange, sind zu verzeichnen. Auch von ausländischen Käufern sind Aufträge erteilt worden. Auf Grund der vorliegenden Besuchsaufstellungen ist zu hoffen, daß auch die letzten Tage dieser großen landwirtschaftlichen Veranstaltung erfolgreich verlaufen.

Berufung im Deußenschieber-Prozess. Gegen das Urteil im Deußenschieber-Prozess Dr. Gutzberg ist jetzt von Rechtsanwalt Dr. Klee Berufung eingelegt worden.

# Schläge im Gefängnis?

## Strafanstaltswachtmeister des Gefängnisses Lehrter Straße vor Gericht

Es ist aufs strengste verboten, gegen Gefangene tätlich zu werden und der Strafanstaltswachtmeister soll sich unter allen Umständen in der Gewalt haben, mag ihm das durch das Verhalten des Gefangenen noch so schwer werden. Eine Anklage wegen Gefangenemißhandlung ist deshalb stets eine äußerst peinliche Sache. Diese Erfahrung mußte auch der Strafanstaltswachtmeister J. vom Zellengefängnis Lehrter Straße machen.

Der Gefangene B. ließ sich am 14. April v. J. aus der Beruhigungszelle, in der er sich befand, dem Direktor vorführen und beschwerte sich, daß der Beamte J. ihn mißhandelt habe. Der Anstaltsarzt Dr. Floersheim stellte auf dem Rücken des Gefangenen eine blutunterlaufene Stelle fest und an der Brust und am Oberarm blaue Flecken und leichte Hautabschürfungen. Es sei so gut wie ausgeschlossen, erklärte er, daß B. sich die Verletzungen selbst zugefügt habe. Der Direktor schaltete gegen den Beamten J. als den angeblichen Urheber der Verletzungen Strafanzeige wegen Gefangenemißhandlung. Es ergab sich folgendes: Am Morgen des 14. April war der Gefangene B. nicht rechtzeitig aufgestanden, kam auch nicht der dahingehenden Aufforderung des Wachtmeisters J. nach und leistete nicht nur ihm, sondern auch dem herbeigeholten Oberwachtmeister und dem Polizeinspektor Widerstand, folgte aber schließlich den Beamten und erklärte dem Polizeinspektor, daß er geschlagen worden sei. Der Polizeinspektor ordnete die Beruhigungszelle an. Bei der Umkleidung wurden am Oberkörper von B. keine Verletzungen bemerkt.

## Zusammenkunft aller Parteireferenten

am Montag, dem 8. Februar 1932, 19½ Uhr in den Sophienkassen, Sophienstraße 17/18 Sängersaal, Vortrag des Genossen Siegfried Aufhäuser, M. d. R. über: „Umbau der Wirtschaft“. Einladungs-schreiben nebst Parteimitgliedsbuch dienen als Legitimation. Der Ortsvorsitz.

# Betrunkener gegen Schupo.

Republikbeschimpfung kostet nur 150 Mark.

Mit einer sehr milden Strafe kam vor dem Schnellrichtungsgericht ein Oberleutnant a. D., jetzt Geschäftsführer einer Abbestirma, davon. Zu seinen Gunsten mag der Umstand angeführt werden, daß er während des ganzen Krieges Führer von Bombenflugzeugen gewesen, mehr als einmal zu Schaden gekommen ist und auch Gehirnerschütterungen davongetragen hat. Er vertritt keinen Alkohol, was ihn aber nicht hindert, mal einen über den Durst zu trinken. In solch einem Zustand der Aufgereiztheit hat er sich einer tätlichen Beleidigung und Beschimpfung schuldig kommen lassen. Die Anklage sprach auch von Beamtenbestechung und von Autofahren ohne Licht.

Herr B. hatte am 24. November in einem Lokal zwei Herren kennengelernt. Er zechte mit ihnen und machte den Vorschlag, in dem Auto seines Arbeitgebers zur Besselfraße in eine Kneipe zu fahren. Unterwegs mußte Herr B. am Steuer von einem seiner Zehnkumpanen D. abgelöst werden: er war bereits so voll, daß er als Führer nicht ganz ungefährlich war. Man trank in der Kneipe noch „eine“ Rolle, und als man heraustrat, sah man sich ganz unerwartet zwei Polizeibeamten gegenüber. Diese hatten nämlich bemerkt, wie das Auto ohne Licht gefahren war und wollten nun den Führerschein des Autolenkers ansehen. Herr D. zeigte seinen Führerschein, der Beamte S. notierte sich ihn; der Beamte S. wollte auch den Inhaber des Autos notieren, Herr B. gab dem Beamten S. seinen Führerschein. S. war gerade dabei, die Adresse niederzuschreiben, als B. meinte: „Ach, lassen Sie nur, setzen Sie sich besser ins Auto und trinken wir eine Rolle.“ Als der Beamte ruhig im Notieren fortuhr, packte B. die Wut, er sagte: „Sie wollen wohl das Vaterland reiten“, rief dem Beamten S. den Führerschein aus der Hand und schlug mit demselben S. ins Gesicht. Dabei schrie er: „Ach, ach... auf die Judenrepublik.“ Der Beamte machte ihn auf die Strafbarkeit seiner Redewendung aufmerksam. B. wiederholte sie trotzdem. In derselben Nacht erschien er im Polizeirevier, wie er behauptete, um sich zu entschuldigen.

Der Gericht erklärte B.: er habe lediglich die Juden in der Republik gemeint. Er habe nämlich am dem Tage mit Juden einen Prozeß in Höhe von 18 000 Mark verloren und jetzt sollte ihm schon wieder Geld abgeknöpft werden. Im übrigen halte er sich jeder Politik fern, er habe als Geschäftsmann mit allen Parteien zu arbeiten.

Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis wegen Beschimpfung der Republik und 100 Mark Geldstrafe für die tätliche Beleidigung und das Fahren ohne Licht. Das Gericht verurteilte B. zu 30 Mark Geldstrafe wegen des Fahrens ohne Licht und tätlicher Beleidigung und zu 150 Mark Geldstrafe wegen Beschimpfung der Republik. Es wurde ihm seine Alkoholtoleranz als Folge der Kriegschädigung zugute gehalten. Ein wahrlich mehr als mildes Urteil!

## Finanzfragen und Wohlfahrtspflege.

Das Seminar für Wohlfahrtspflege gab seinen Mitgliedern Gelegenheit, durch einen Vortrag des Berliner Stadtkämmerers sich über die schicksalsschwere Verbundenheit von Finanzfragen und Wohlfahrtspflege zu unterrichten.

Der Kämmerer schilderte zunächst noch einmal die einzelnen Phasen, die der deutsche Kapitalmarkt nach der Entbehrungszeit der Kriegs- und Inflationsjahre durchlaufen mußte. Er brandmarkte besonders die Politik der kurzfristigen Kredite, die uns in kaum vorstellbarem Maße unserer Gläubigern ausgeliefert hat und Deutschland schon vor zwei Jahren die Zeichen der Wirtschaftskrise spüren ließ. Die Regierung kann in dieser Situation, die ihren Höhepunkt mit dem 13. Juli zu erreichen schien, nichts anderes tun, als die folgenschweren Konsequenzen für die Wirtschaft nach Möglichkeit ab-

zu mildern. Der Ausgabebetrag der öffentlichen Wirtschaft war in den Jahren 1924/28 beständig gestiegen, da man an einen kontinuierlichen Kapitalzufluß, teils aus eigener Steuerkraft, teils durch ausländische Beteiligungen, glaubte. Abziehenden Krediten aber folgten Einschränkungen der Wirtschaftsunternehmungen. Eine wirkliche Bewegungsfreiheit für die Ausgaben von Reich, Staat oder Kommune war bald nicht mehr vorhanden. Trotz aller radikalen Maßnahmen war ein anhaltender Ausgleich in der öffentlichen Wirtschaft bisher nicht zu erreichen. 300 Millionen Mark muß die Stadt Berlin für ihre Wohlfahrtsmaßnahmen aufwenden, dies bedeutet die Hälfte der ganzen Steuereinnahmen. Den Fürsorger trifft in einer derartigen Situation eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat. Er kann nur an die vordringlichsten Aufgaben denken und muß, um diese aufrechtzuerhalten, alles andere zurückstellen. Wer in dieser Situation überhaupt handeln will, muß für den Tag arbeiten. Der Fürsorger muß durch seine menschlich-personliche Arbeit unter den schlimmsten Verhältnissen ein Maximum von Erfolg zu erzielen suchen.

Wie sie verleumben! Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer Nummer 26 vom 2. Februar v. J. eine Notiz, in der der Wohlfahrtspflegerin Kitt „Unerschöpfung“ von Geldern der Winterhilfe vorgeworfen wird. Der Sache liegt folgender Fall zugrunde: Der in dem Artikel erwähnte Erwerbssole hatte sich keine Unterstützung in der Wohnung der Genossin Kitt ab. Da die Wohlfahrtspflegerin gerade nicht zu Hause war, wurde der Erwerbssole von der Tochter abgefertigt, die allerdings den Fehler beging und zwei Lebensmittelaufweise im Werte von 3 Mark zu wenig auszahlte. Als die Mutter das später merkte, wurde der Erwerbssole denachtigt. Inzwischen war der Herr aber schon selbst zur Winterhilfe gegangen, wo ihm die fehlenden 3 Mark ausgehändigt wurden. Die noch ausstehenden 3 Mark von der Genossin Kitt nahm er aber auch noch, ohne bisher die zwei gezahlten 3 Mark abzugeben. Wer ist nun eigentlich ein Betrüger? Auch die Angaben über die Beschäftigung des Genossen Kitt und seines Sohnes sind erlogen. Weder er noch sein Sohn sind bei dem Bezirksamt Prenzlauer Berg beschäftigt.

Der Staatsanwalt beanspruchte Freispruch des Angeklagten. Ein gewisser Verdacht gegen ihn bleibe zwar bestehen; der Gefangene B. habe jedoch hinsichtlich der angeblichen Schläge auf dem Gefängnisflur die Unwahrheit gesagt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Eine vorläufige Mißhandlung habe nicht vorgelegen. B., ein Phantast, habe sich die Dinge hinterher so zurechtgelegt, ohne allerdings die Absicht zu haben, den Angeklagten böswillig zu beschuldigen.

Der Schöffengericht Berlin-Mitte bestritt der Wachtmeister J. mit aller Entschiedenheit, sich am Gefangenen B. vergewaltigt zu haben. Weder der Oberwachtmeister R. noch zwei Fürwärter hätten von irgendwelchen Schlägen auf dem Korridor des Gefängnisses etwas gemerkt oder Schmerzensrufe gehört. Der Zeuge G., B.'s Zellengenosse, war nicht erschienen. Ueber den angeblich mißhandelten B. erfuhr man aber aus dem Munde Dr. Floersheim, daß er sozusagen das Schmerzensband der Anstalt gewesen sei, ein schwerer Psychopath, äußerst leicht erregbar, höchst mißtraulich gegen die Beamten, ein großer Phantast. Er hat schon einmal eine vollkommen unberechtigte Beschwerde wegen angeblicher Verletzung erhoben und ein andermal an einen kommunistischen Abgeordneten eine Beschwerde über angebliche Mißhandlungen eines Mitgefangenen gerichtet. Der Mitgefangene erklärte aber selbst, daß kein Wort davon wahr sei. Es komme des öfteren vor, meinte Dr. Floersheim, daß Gefangene sich in der Absonderung etwas zuleide tun und hinterher gegen die Beamten Vorwürfe erheben, um sich an ihnen zu rächen.

## Wie sie verleumben!

Die Kommunisten hatten gestern die Zeit des Weltanschauliches ihre Anhänger zu einer Demonstration in die Nähe des Kriminalgerichts beordert, die sich gegen die Strafanklage im Offener Kommunistenprozess richten sollte. Nach ihrer gemohnten Taktik mißachteten die Kommunisten in erheblicher Zahl unter das Publikum. Die Räumung der Straßen durch die Polizei begegnete deshalb Schwierigkeiten, wurde aber ohne Zwischenfälle durchgeführt. Nur an einer Stelle, wo sie ein Beamte eine Gruppe von 300 Demonstranten zunächst verächtlich aufforderten, auseinanderzugehen, wurden einige Schreihäufte abgefeueret. Gegen geschlossene Gruppen kommunistischer Demonstranten wurde fünfmal der Wasserwagen der Polizei eingesetzt, und zwar in der Stromstraße, in Altkoabit und am Arminiusplatz. Die ersten Demonstrationenversuche wurden um 17.30 Uhr unternommen.

## Wasserstrahlen gegen Kravallmacher.

Die Berliner Volksgemeinschaft für Erwerbslosenhilfe und -föhen veranstaltete in der Philharmonie ein Wohltätigkeitskonzert. Die zahlreiche Besucherzahl nahm den Appell des Stadtkämmerers an, Genossen Lempert zur Unterstützung dieses rasch und erfolgreich wachsenden überparteilichen Selbsthilfswerkes und zur allgemeinen Solidarisität mit lebhaftem Beifall auf. Die künstlerisch hochstehenden Darbietungen des Sinfoniekorchesters unter Dr. Kunwalds erprobter Leitung, der virtuose und temperamentvolle Vortrag von Neugriechen-Geigenkonzert durch Gith Borand, die Löwe-Balladen von Herrn Gutmann, die Väter von Gustav Mahler und ein Strauß-Walzer von Hanni Frind gefungen, belde von der Städtischen Oper, das Haydn-Konzert für Cello, von Fräulein Heinig vorzüglich gespielt, und die meisterhaften Chorleistungen unserer Nichte-Georgina unter Anleitsleitung machten den Abend ungemein gemächlich und trachtete den Künstlern ungeheuren Beifall.

Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden und bundestreuen Arbeitersportler beteiligen sich Sonnabend, den 6. Februar, ab 18 Uhr, von den bekanntesten Stellen aus, an der allgemeinen Flugblattverbreitung für die Eiserne Front!

# Arbeitslose Frauen

## Umblick auf der Stempelstelle Grünstraße

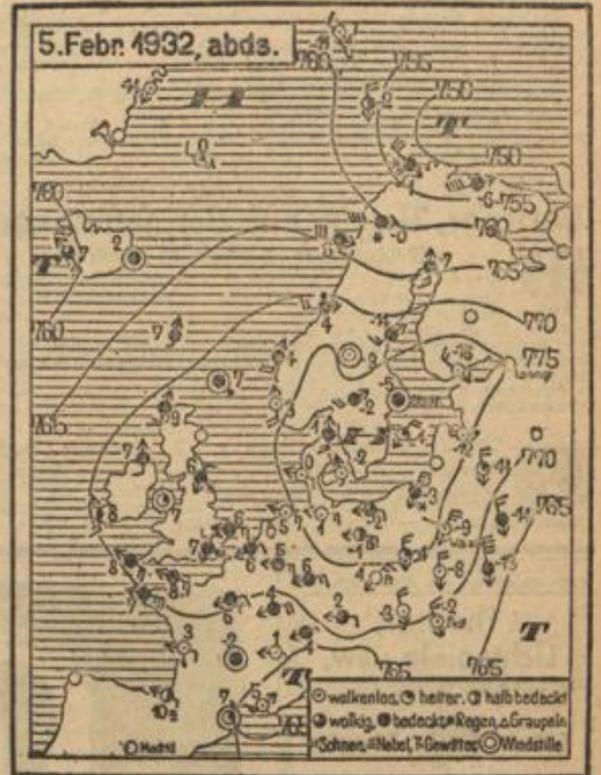
Der Arbeitsnachweis für weibliche Angestellte darf natürlich nur von Erwerbslosen zum Zwecke der Stempelkontrolle ausgestellt werden. Ein unbeteiligter Besucher würde nach dem äußeren Anschein leicht zu einer falschen Beurteilung der Lage kommen, in der sich stellunglos gewordene Frauen und Mädchen befinden. Über dieser äußeren Ansicht trägt, aus der Zeit, in der es noch Arbeit und Verdienst gab, haben sich viele Vorräte an Kleidung und Schuhwerk in die Zeit der Arbeits- und Erwerbslosigkeit gerettet. Jede rechnet trotz der Aussichtslosigkeit, wieder Arbeit zu bekommen, mit der Möglichkeit, von den so selten angebotenen Stellen doch einmal eine zu erhalten. Dann oder kommt es darauf an, sofort nach Erhalt einer schriftlichen Anweisung des Arbeitsamtes sich mit den Originalpapieren bei dem Arbeitgeber um die ausgeschriebene Stellung persönlich zu bewerben. Gute Zeugnisse allein genügen oft nicht, um berücksichtigt zu werden, wenn die Kleidung von derjenigen der anderen Bewerberinnen sich unvorteilhaft unterscheidet. Wieviel Mühe und wohl auch Entbehrungen namentlich die schon lange Zeit Erwerbslosen auf sich nehmen müssen, um ihren Anzug in gutem Zustande zu erhalten, ahnen Außenstehende nicht. Ist die Kleidung erst gänzlich vernachlässigt und abgerissen, so kann man jede Hoffnung aufgeben, in den Produktionsprozess wieder eingeschaltet zu werden.

Da es immer nur vereinzelte Glücksfälle sind, in denen man in den gewohnten Beruf zurückkehren kann und das Warten dar-

dinge kann ihr die Arbeit für einen vielfach dem Bankrott zu steuernden Haushalt Ersatz für die verlorengegangene Berufsarbeit nicht bieten, deren Ertrag ihr eine gewisse Unabhängigkeit vom Manne ermöglichte und sie in den Stand setzte, ihm die Sorge für den gemeinsamen Lebensunterhalt und für die Kinder tragen zu helfen.

Dass die Frau in Gefahr ist, die ihr durch die Weimarer Verfassung verbrieft Gleichberechtigung, die noch zu einem großen Teil papiernes Recht geblieben ist, ganz zu verlieren, gilt sowohl für die alleinstehende wie die verheiratete Frau. Im Berufsleben, wo zwar allgemein ihre Arbeit niedriger bewertet wurde, bewies sie im Wettbewerb mit ihren männlichen Berufsgenossen ihre gleichwertige Befähigung und erwarb sich Achtung und Anerkennung ihrer sozialen Gleichstellung. Die Zeit der Arbeitslosigkeit drängt sie wieder von diesem Wege, der die Gleichberechtigung herbeizuführen versprach.

Gerade die Frau darf sich aber weder durch die besonders große materielle und seelische Not, noch durch Ueberlastung im Haushalt soweit herabdrücken lassen, politisch gleichgültig zu werden. Sie muß sich darüber klar sein, daß sie unter einer falschen Diktatur des Mitbestimmungsrechts, das ihr trotz der Wirtschaftskrise die republikanische Staatsform garantiert, sofort verlieren würde, und daß es dann mit ihrer Unabhängigkeit ganz und gar vorbei wäre. Gemeinsam mit dem Manne gehört sie in die Kampfreihe



Auf der Rückseite einer Depression, deren Kern am Freitagabend über Südrussland lag, sind im dritten Strom kalte arktische Luftmassen nach Süden geströmt. Der durch sie hervorgerufene Luftdruckanstieg führte zur Bildung eines Hochdruckgebietes mit dem Zentrum über Nordskandinavien. Das Hoch verlagerte sich schnell nach Süden. Sein Kern lag am Freitagabend über dem südlichen Schweden. Mit Nordostwinden ist die arktische Luft in Mitteleuropa eingedrungen, so daß die Temperaturen östlich der Elbe merklich gesunken sind. Ostpreußen merkt 7 bis 10 Grad Kälte. Da anzunehmen ist, daß sich das Hoch weiter nach Süden und Osten verschiebt, dürfte am Sonntag Deutschland in seinem Bereich liegen. Am Sonntag wird sich vermutlich bereits die neue Eisenerdepression in Wetterverschlechterung bemerkbar machen.

**Wetteraussichten für Berlin:** Trocken und vielfach heiter, auch Tagestemperaturen meist unter Null, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: In Südwest- und Süddeutschland allmähliche Aufhellung, im übrigen Reich trocken und noch meist heiter, in der östlichen Reichshälfte Temperaturen dauernd unter Null; im Westen mittags noch ziemlich mild.

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
 Einblendungen für diese Rubrik sind bitte an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

**Achtung, Freidenker!**

Sonntag, 7. Februar, 20 Uhr, Schauspielaufführung „Scheidung“ im Komödienhaus, Schiffbauerdamm 20. Geöffnete Vorstellung des Freidenkerverbandes. Eintrittskarten 1 M. beim Kassasteller oder im Büro des Freidenkerverbandes, Eisenstraße 11.

**Beginn aller Veranstaltungen 19:30 Uhr, sofern keine besondere Zeilangabe!**

- 5. Kreis. Wir bitten die interessierten GMD- und Parteimitglieder, die in einer Spielpartie mitwirken wollen, sich heute, 5. Febr., im Jugendheim, Blauer Str. 19, hinterer Raum, zu einer Klubstunde einzufinden.
- 7. und 8. Kreis. Die Juristische Sprechstunde findet heute von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim, Köpenicker Str. 4, statt. Gelegenheit zum Richtenausritt!
- 12. Kreis. Montag, 6. Februar, Kreisvorstandssitzung bei Kommissarin, Berliner Str. 106.
- 17. Kreis. „Unter Weg“ ist eingetroffen, der von den Bezirksführern vom Genossen Böhm abgehoben ist.
- 20. Kreis. Sonntag, 7. Februar, für die jüngeren Parteimitglieder Beschäftigung des U-Bahnhofes Scharfste und des Scharfstebahnhofes Müllerstraße. Treffpunkt 10 Uhr Müller, Ecke Rameauers Straße.
- 21. Kreis. Die jüngeren Parteimitglieder treffen sich Sonntag, 7. Februar, 9 Uhr, zur Fahrt nach Köpenick am Schließenden Bahnhof.
- 29. Kreis. „Schmerzhafte“. Am 9. Februar geht die Genossin Elise Weidner, 60, Mariannenplatz 29, der Partei 15 Jahre an. Wir wünschen der Genossin Weidner, daß sie noch recht lange bei voller Gesundheit der Partei und ihrer Familie erhalten bleiben möge.
- 112. Kreis. Heute bei Schade, Hermannstr. 22, Funktionärsführung.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.**  
 Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 11.  
 Mitte, Gruppe Poppelplatz, Sonntag, 7. Februar, 10 Uhr, Kommissarin Oceanenburger Tor, Museumbezirk.  
 29. Kreis Reinickendorf, Montag, 8. Februar, Bohlen, Neue Schule, Wittenau.

**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin**  
 Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts.

Die für den 14. Februar angekündigte Jugendausführung der Volkshäuser fällt aus, d.h. wird auf unbestimmte Zeit verlegt.

**Heute, Sonnabend, 6. Februar:**

- Humboldthain: Treffpunkt zur Fahrt 19 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Völkchenburger Viertel: Ebertstr. 11, Arbeitsgemeinschaft. — Raitzburger Tor: Urbanstr. 107, Lieberabend.
- Westbezirk Prenzlauer Berg: Pongitzer Straße (Baracke 2), Werbezugs-vorstellung.
- Westbezirk Wedding: Liebigstr. 17 1/2, 17 1/2 Uhr Sprechstunde. Sabaabend Gerichtstraße.
- Westbezirk Reinickendorf: Zusammenkunft aller Werbezugsvereinsmitglieder, Jugendbeiräte und Arbeitsleiter pünktlich 19 1/2 Uhr im Jugendheim Reinickendorf-Str., Vinbauer Straße, Informationsabend.

**Morgen, Sonntag, 7. Februar:**

- Römisches Volk: Waisenstr. 18, Gleisdreher-Abend. — Spanbau: Linden- ufer 1, Volkstanzabend. — Zankwitz: Schulstraße, Sprechchorprobe. — Otzig 11:

# Denkt an die Rüstwoche!

## Zeichnet Euch ein!

auf gar zu lange dauert, versuchen diese, auf andere Weise Arbeit zu finden. Sie suchen Vertretungen, reisen mit allen möglichen Kriterien umher, melden sich auf Angebote für Werbetätigkeit und haben in der Regel wenig Erfolg, aber viel Verlust an Spesen und Arbeitsfreudigkeit. Sie geben diese Beschäftigung bald wieder auf und kehren deprimierter zum Arbeitsnachweis zurück, als sie von dort gegangen waren. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, um so mühsamer werden die zur beruflichen Untätigkeit Beurteilten.

**An Fortbildungskursen**

beteiligen sich in größerer Zahl mehr die noch nicht lange Zeit Arbeitslosen. So erfreuen sich die vom Arbeitsamt für Jugendliche bis zu 21 Jahren abgehaltenen Lehrgänge in Buchdruck, Schrift- und Maschinenschreiben außerordentlich guten Besuchs und auch die für Verkäuferinnen bis zu 25 Jahren eingerichteten Kurse rufen guten Anklang. Für den landwirtschaftlichen Umschulungs- betrieb in Fiesingerhofs bei Frankfurt (Oder) interessiert sich aus den Reihen der weiblichen Angestellten so gut wie keine, es fehlt ihnen größtenteils die körperliche Eignung zur Landarbeit. Der Ausschlag für diese Art von Berufsänderung verfehlt also seinen Zweck. Das Angebot einer Handelschule, die ihre ehemaligen Schülerinnen zur kostenlosen Teilnahme an Wiederholungskursen einlädt, findet sicher dankbare Interessenten. Ebenso die Anzeige eines Klubs für junge Mädchen, die arbeitslose Frauen und Mädchen zum Aufenthalt in ihre behaglichen Räume in verschiedenen Stadtteilen einlädt, wo ihnen die Möglichkeit geboten wird, an Kursen für Stenographie, Maschinenschreiben und Englisch teilzunehmen oder auch Hauschneiderei und Wäschewaschen zu erlernen; warme Getränke und Gebäck werden zur Verfügung gestellt. Ferner gibt ein Plakat der Hochschule für Politik bekannt, daß ihre Vorlesungen im November jeden Jahres beginnen und von erwerbslosen Hörern Gebühren nicht gefordert werden. Daß der Zentralverband der Angestellten (ZDA) für seine erwerbslosen Mitglieder gleichfalls kostenlose Kurse abhält, ist den Mitgliedern so bekannt.

Es ist nur sehr bedauerlich, daß im Arbeitsnachweis in der Grünstraße nicht auch Kuschelräume vorhanden sind, die auf Bildungsmöglichkeiten und behagliche Aufenthaltsräume sozialistischer oder wenigstens republikanischer Organisationen hinweisen. Der vorhin erwähnte Klub für junge Mädchen ist, soweit ich informiert bin, christlich-evangelisch. So sehr jede Einrichtung zu begrüßen ist, die zur Vinderung auch der seelischen Not der weiblichen Erwerbslosen beitragen will, so bedauerlich ist es, daß Frauen, die zu uns gehören, vielleicht durch die Notlage in Versuchung kommen, ihre Weltanschauung zu verleugnen und uns dann entfremdet werden. Wieviele Alleinstehende sind nicht mehr in der Lage, die Wohnungs- oder Zimmermiete aufzubringen. Wenn sie nicht das Glück haben, von Verwandten oder guten Bekannten aufgenommen und unterstützt zu werden, bleibt ihnen nur noch die Möglichkeit, eine sogenannte Schlafstube zu beziehen, also ein Zimmer mit mindestens einer, ihnen meist fremden Person zu teilen. Ein Heimgefühl kann da nicht aufkommen. Diese armen Frauen sind auf jede Gelegenheit angewiesen, die ihnen das durch lange Arbeitslosigkeit geraubte Heim irgendwie ersetzen kann. Daß eine Anzahl in solcher materiellen und seelischen Not auf die schiefen Ebene gerät und der Prostitution in die Arme getrieben wird, sei hier nur erwähnt.

**Die verheiratete Frau**

in dieser Beziehung insofern besser daran, als sie mit Hilfe des Mannes das gemeinsam gegründete Heim noch erhalten kann, solange er nicht gleichfalls durch lange Arbeitslosigkeit die Miete nicht mehr erschwingen kann und Verlust der Wohnung droht. Aller-

der Eisernen Front, um mit ihm für ein menschenwürdiges Dasein, für die endgültige wirtschaftliche soziale Gleichstellung zu kämpfen. Sie darf sich durch ihre unglückliche Lage nicht politisch abstimmen lassen; im Gegenteil muß sie auch noch ihre Kolleginnen aufrütteln und sie zu uns herüberbringen. Gibt es eine Möglichkeit zu Arbeit und Brot, zur wahren Gleichberechtigung im Beruf und im Hause zu kommen, dann nur in der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus mit allen wertvollen Frauen in der Sozialdemokratie!

**Die Scala im Februar.**

Mit dem Februarprogramm ist der Scala ein besonders glücklicher Wurf gelungen: Jede Attraktion ist eine Spitzenleistung. Aber die Krone des Ganzen ist ein junger mexikanischer Drahtseilkünstler, Con Colleano, der alles bisher auf diesem Gebiet Gesehene weit in den Schatten stellt. Dieser König aller Drahtseilkünstler bewegt sich in schwankender Höhe ohne Jubelstimmung eines Balancierchirmes oder -stodes. Das, was Raffelli in seiner ammutigen Beweglichkeit auf ebener Erde war, ist Colleano auf dem Drahtseil. Wenn man schon Salto, die auf dem Seil rückwärts ausgeführt werden, als unerhörte Leistung anerkennt, so liegt hier, wenn Colleano vorwärts seinen Salto schlägt, ein Beifallssturm ohne gleichen ein. Das Ratran-Ballett, farbenfroh und wirkungsvoll wie immer, ist einen Monat prolongiert Edith Vorand mit ihrem Kammerorchester findet auch auf der Varietésbühne begeisterte Aufnahme. Ihr Spiel ist meisterhaft und ihr Orchester gut diszipliniert und treflich aufeinander abgestimmt. Die 3 Cressors sind Artisten phlogmatischer Art. Ihre Ruhe ist nicht zu überreifen, ihre Leistungen sind es auch nicht. Zentimeterweise läßt der Unter- mann seinen Partner an sich hinabgleiten, scheinbar ohne jede Spur von Anstrengung. So ruhigen Kraftleistungen zuzusehen, ist ein ästhetischer Genuß. John Bayer zeigt dreifache Mattheiserhunde, die nicht nur reizend aussehen, sondern auch reizende Sachen machen. Das Tanzrio Howell-Harger-Blant bringt mondän-akrobatische Tänze, die sehr gut ausgeführt, aber nicht neu sind. Dore und Pates, ein sehr gewandter Untermann und ein ebenso geschickter Obermann, der sich in alles und jedes erwidert, haben die Lacher auf ihrer Seite. Little Blola tanzt auf Spigen Krawatsk eine Treppe immer wieder hinauf und herab, während Martin Rosés mit seiner Partnerin wie ein Wirbelwind über die Bühne streift.

**Kreis Tiergarten und seine Erwerbslosen.**

Eine schwere Zeit braucht die Geselligkeit aller Leidensgenossen als stärkende Kraft, um ertragen zu werden. Von diesem Grund- satz ausgehend, veranstaltete der 2. Kreis Tiergarten für seine Erwerbslosen einen geselligen Nachmittag in den Arminius- Festsälen. An langen Tischen wurden weit über 400 Personen Kaffee und Butterstrüppchen gereicht. Ein gutes Orchester spielte mit Schmunzeln und viel Können; die Mitglieder prominenter Konzert- kapellen hatten sich der guten Sache zur Verfügung gestellt. Dann hielt Genosse Hennig eine herzliche Ansprache an die Anwesenden, in der er sie der Treue der Partei versicherte; Arbeitende und Nichtarbeitende, sie sollen und wollen eine Rotgemeinschaft bilden zum Schutz und zur Erhaltung der Republik. Wir wollen nicht das Dritte wir alle wollen das Reich, wo jeder in unserer Mitte frei ist und brudergleich! Mit diesem Wahlspruch der Eisernen Front schloß der Redner. Martha John sprach Ernstes und Heiteres. Lange noch sah man beisammen, und für ein paar Stunden wenigstens verschwand der graue Alltag und an seine Stelle trat die Gemüthsheit einer besseren Zukunft.

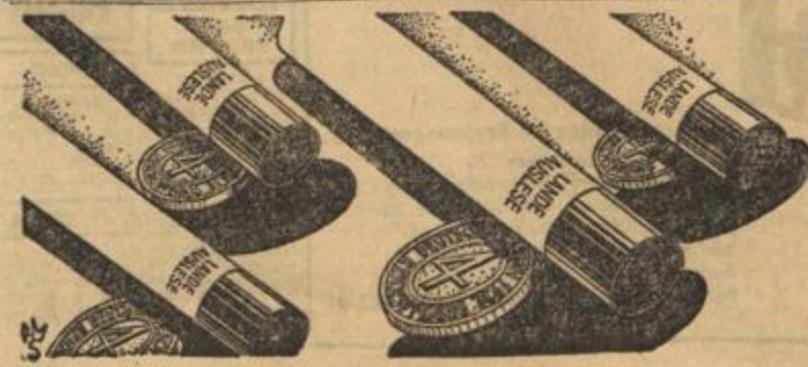
## Für 4 Pfennig eine Zigarette, die Sie auf 5 und mehr schätzen würden

Die Lande-Auslese kostete früher 5 Pf., schon seit Monaten ist ihr Preis auf 4 Pf. gesenkt, wobei die köstlich-aromatische Tabakmischung beibehalten wurde. Das ist das Geheimnis Ihres Erfolgs: Immer mehr Raucher erkennen den außergewöhnlichen Wert, gingen zu Lande-Auslese über und machten sie so zur meistgerauchten 4 Pf.-Zigarette Berlins. — In jeder Schachtel eine Seidenstickerei.



Zigaretten, köstlich bis zum letzten Zug

Etwas Besonderes für 5 Pf. • Lande Preis mit Gold • Lande Ohne (ohne Mundstück)





## Faule Schuldner kaufen ihre Bank.

### Der schwerindustrielle Theatercoup mit der Danabank.

Aus dem Ruhrbezirk wird gemeldet, daß das Handelsgeschäft zwischen Reich und Industrie, das eine Übernahme der Danafaktien durch die Industrie vorsieht, so gut wie perfekt sein soll. Es handelt sich bei dieser Transaktion darum, daß ein Industriefortium unter Führung der Schwerindustrie die Mehrheit des Aktienkapitals der Danabank zum Kurse von 125 Proz. übernimmt. Der Kaufpreis soll vom Reich auf fünf Jahre vorgelegt werden.

Wir haben uns von Anfang an entschieden gegen diesen Plan gewandt, der der hochverschuldeten Schwerindustrie die Macht über eines der größten deutschen Kreditinstitute ausliefert, und zwar, was das Tollste ist, für absehbare Zeit ausschließlich auf Kosten und mit dem Geld des Reiches.

Man stelle sich vor, was die Durchführung dieses Planes gerade jetzt bedeuten würde: Die Reichsregierung überlegt seit Monaten, wie das schwierige Problem der unter ihrem Einfluß stehenden Großbanken gelöst werden soll. Wie die Entscheidung schließlich ausfallen wird, darüber läßt sich heute noch gar nichts sagen; ist auch in diesem Zusammenhang gleichgültig.

Die Regierung hat aber die Pflicht, die Entscheidung, die sie zu treffen hat, ausschließlich auf die Bedürfnisse und die Interessen der Gesamtwirtschaft abzustellen. Wenn die Regierung aber die Danabank der Schwerindustrie ausliefert, dann liefert sie damit auch ihre Entscheidungsfreiheit aus. Dann wird die Entscheidung nicht bei der Regierung, sondern bei einem privatkapitalistischen Konsortium liegen.

Es heißt zwar, daß sich die Regierung die Ausübung des Stimmrechts des in Frage kommenden Mehrheitspakets solange vorbehalte, bis das industrielle Konsortium die Danafaktien an das Reich bezahlt hat. Schön und gut. Aber das Reich hat doch auch, soviel wir wissen, die Zustimmung geben müssen, daß sie das

Stimmrecht nur „im Benehmen“ mit dem Uebernahmefortium ausüben werde. Das ist immerhin sehr wichtig; denn das bedeutet praktisch, daß die letzte Entscheidung über das Schicksal der Großbanken nicht bei der Reichsregierung liegt, sondern praktisch bei den Generaldirektoren der Vereinigten Stahlwerke, beispielsweise bei Herrn Flick von der Eisenhütte oder bei dem mit Herrn Flick verbundenen Frh. Thyssen, der uns im letzten Jahre derartige Proben industrieller Wirtschaftsweise gegeben hat, daß wir einer Realisierung dieser Weisheiten z. B. im Falle Danat doch mit einigem Grauen gegenübersehen.

Wir erwarten, daß sich die Regierung eines Besseren besinnt und vor einer Gratisauslieferung der Macht über die Danabank an die Schwerindustrie zurückzuckt.

Andererseits ist die Schwerindustrie bei der Danabank hoch verschuldet. Die Kohlen- und Eisenerze in Westfalen, die praktisch unverwertbar und unverkäuflich sind, bergen eine Menge des durch die Danabank und Herrn Goldschmidt fehlgeleiteten Kapitals.

Wenn die Schwerindustrie nun die Mehrheit der Danabank erwirbt, so kauft im Grunde genommen ein fauler Schuldner den Gläubiger auf.

Mit der doch nicht zu leugnenden Absicht, im Laufe der Jahre sich durch die Geschäfte der Danabank zu sanieren, die Schulden im Laufe der Jahre abzubauen, auf Kosten anderer Leute. Denn irgendwann muß ja diese Transaktionen bezahlt sein.

Glaubt das Reich, daß man durch eine derartige Manipulation das Vertrauen zur Danabank oder das Vertrauen zu den Banken überhaupt wieder herstellt? Das ganze Projekt ist ein Risikogriff und muß, wenn man es verwirklicht, die Vertrauens- und Bankentriebe verschärfen. Wir denken, daß diese Hinweise allein das „Geschäft“ unmöglich erscheinen lassen müssen.

sich dagegen wehren, daß jeder Vorschlag zur Bereinigung der speziellen deutschen Kreditkrise durch Beschwäh über Inflationsgefahr zu Tode geredet werde und daß schließlich die Wirtschaft an der Deflation zugrunde gehe. Notwendig sei die Wiederherstellung des Vertrauens zu Währung und Banken, was nur durch Bereinigung des Kreditapparates bewirkt werden könne.

## Kapitalflucht ohne Ende.

### Und der Protektionismus jagt Industrien ins Ausland.

Ein Spiegelbild der ununterbrochenen Kapitalflucht bieten die zahllosen Inserate großer bürgerlicher Zeitungen, in denen ausländische Grundstücke, Villen, Schlösser, Hotels, Fabriken und ähnliche Vermögensobjekte angeboten werden. Zweifellos würden die ausländischen Verkäufer nicht ihr Geld für große kostspielige Inserate in den verschiedensten deutschen Zeitungen hergeben, wenn sie nicht wüßten, daß diese Ausgaben sich rentieren, d. h. daß sie eben Käufer für ihre Vermögensobjekte finden werden.

In einer einzigen Nummer der „Frankfurter Zeitung“ (vom 31. Januar 1932) werden kapitalkräftigen deutschen Unternehmern und Privatleuten folgende Dinge angeboten: in Zürich ein großes Lagerhaus mit Garage, in der Steiermark ein historisches Schloss, in Zürich und Luzern einige neue Wohn- und Geschäftshäuser, in Tirol ein Kurhaus mit Tennisplätzen, Schwimmbad und Nebengebäuden, an der Riviera eine Villa, in der Schweiz ein Hotel, in Salzburg Villen, Hotels und Güter.

Außerdem finden sich seit einigen Wochen in den deutschen Zeitungen zahlreiche Inserate englischer Städte und Grundstücksverkäufer, in denen deutsche Unternehmer aufgefordert werden, ihre Fabrikation innerhalb des englischen Zollgebiets aufzunehmen, d. h. durch Fabrikationsverschiebung die englische Schutzzollmauer zu überpringen. Die gleiche Nummer der „Frankfurter Zeitung“ bringt vier Inserate dieser Art: die 160 000 Einwohner zählende Industriestadt Swansea fordert die deutschen Unternehmer auf: Bauen Sie Ihre englische Fabrik in Swansea! Eine Vermittlungsgesellschaft in Birmingham inseriert: Ihre britische Fabrik muß zentral gelegen sein! Bauen Sie am Ufer des Seewers, Englands längstem Fluß! Zwei weitere Vermittler teilen mit, daß sie in London, Birmingham und anderen Städten Fabriken und Grundstücke zu vermieten und zu verkaufen haben.

Diese und andere Inserate nehmen mehr als die Hälfte des ganzen Grundstücks- und Wohnungsmarktes der genannten Nummer ein. Durch derartige Verkäufe ausländischer Fabriken, Villen und Grundstücke wird ununterbrochen Kapital aus Deutschland gezogen. Durch die Verlegung der Fabrikation ins Ausland wird unmittelbar die Arbeitslosigkeit in Deutschland vergrößert.

## Bankreform und Wirtschaftskrise.

### Bachem vor den Berliner Gewerkschaftsvertretern.

Vor den Ortsausschüssen des NA-Bundes und des ADGB sprach informierend und sehr instruktiv Genosse Bachem (Arbeiterbank) über den von uns mehrfach behandelten Bagemann-Plan.

Das Hauptziel des Planes sei, den heute lahmgelegten Kreditapparat wieder funktionsfähig zu machen. Die deutsche Kreditkrise habe eine besondere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise für die deutsche Wirtschaft bedeutet. Es sei somit gekommen, daß infolge der Ausföhrung von Aufträgen unterbleiben muß, weil niemand die Finanzierung übernehmen kann. Seit der Bankentriebe im Juli versucht die Reichsbank, durch Hereinnahme von Finanzwechseln den Banken flüssige Mittel als Gegenwert für ihre langfristigen Ausleihungen zur Verfügung zu stellen. Der hohe Bestand an Finanzwechseln aber macht es der Reichsbank unmöglich, gute Handelswechsel, die zur Finanzierung neuer Aufträge ausgestellt werden, hereinzunehmen, und so nehme der Schrumpfungsvorgang immer schlimmere Formen an. Der Plan sehe vor, daß der Bestand an Finanzwechseln bei der Reichsbank erstickt wird durch eine „ewige Schuld“ des Staates, damit zugleich die Reichsbank von den Finanzwechseln und die Banken und Sparkassen von ihren eingefrorenen Forderungen gegen die öffentliche Hand entlastet werden. Mit Nachdruck sei zu betonen, daß mit dieser Auswechslung der Deckungspapiere nicht die geringste Vermehrung des Notenumlaufs verbunden ist. Diese Umschuldungsaktion solle lediglich die Grundlage schaffen, auf der die Bereinigung des Kreditapparates erfolgen kann; diese Bereinigung aber sei die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Besserung.

Inflationsmaßnahmen seien gerade von den Vertretern der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Aber ebenso entschieden müge man

## Die vernachlässigten Pächter.

### Forderungen zur Notverordnung.

Auf der Hauptversammlung des Reichsbundes Landwirtschaftlicher Pächter sprach Dr. Schmidt (Domänenpächterbund) über „Wirtschaft, Politik und Pächterstand“. Er wies darauf hin, daß die Pächterbetriebe vor allem intensive Bredelungswirtschaft (Vieh- und Milchwirtschaft) betrieben. Aber gerade die Preise für diese Produkte seien in den letzten Jahren so stark gefallen, daß die Finanzierung der Pächterbetriebe bis zur nächsten Ernte zu einem ersten Problem geworden sei. Dabei sei ein günstiges Moment die Tatsache, daß die Pächterbetriebe nicht so stark verschuldet seien wie die Betriebe in Eigenbesitz, so daß das Verhältnis von Kredit und Umsatz bei den Pächterbetrieben günstiger, die Zinsbelastung nicht so drückend sei. Die Verpächter aber müßten einsehen, daß sie selbst die schwersten Verluste erlitten, wenn sie durch rückichtsloses Eintreiben ihrer Forderungen die Pächter zum Konkurs trieben, da dann die Betriebe selbst arbeitsunfähig würden.

In einer Entschließung wird Klage geführt darüber, daß die Pächter in den Notverordnungen einfach vergessen wurden. Die Realisation der Besitztümer sei gesenkt worden, aber an Senkung des Pachtzins habe man nicht gedacht. Es wird gefordert, daß die überhöhten Pachten sofort gesenkt, daß die Pächterbetriebe bei der Umschuldung gleichberechtigt den Besitzbetrieben berücksichtigt werden und daß das neue Landpachtrecht endlich zum Gesetz erhoben wird.

## Großpleite in der Chemie.

### Der Zusammenbruch der August Wegelin AG.

Die kürzlich erfolgte Zahlungseinstellung der August Wegelin A.-G., eines der führenden Unternehmungen in der deutschen Rüstindustrie, mußte um so mehr überraschen, als die Gesellschaft noch in den beiden vorhergehenden Jahren ansehnliche Dividenden von 8 und 6 Proz. ausgezahlt hatte. Der jetzt veröffentlichte Abschluß für das am 31. Juli beendete Geschäftsjahr 1930/31 zeigt jedoch einen völligen Zusammenbruch dieser Gesellschaft. Bei einem Kapital von 24 Millionen Mark wird ein Verlust von rund 22 Millionen Mark ausgewiesen, so daß nahezu das gesamte Kapital verloren ist.

Ohne Betrugsaffären scheint es heute überhaupt nicht mehr abzugehen. So hat auch bei der Wegelin A.-G. ein Direktor bei der Bilanz per 10. Juni 1930 Fälschungen vorgenommen und die rendierende Treuhandgesellschaft durch falsche Unterlagen getäuscht. Als dieser Bilanzfälschung ist die jetzt veröffentlichte Verlustbilanz noch mit über 185 000 M. besetzt.

Wenn die Verwaltung für den Millionenverlust neben dem „selbstmörderischen Freistampfen“ u. a. auch die untragbaren Zinslasten verantwortlich macht, so belastet sie mit diesem Hinweis ihre eigene Geschäftspolitik schwer. Bei einem Bankguthaben von 381 M. (!) sind Bankschulden in Höhe von über 356 000 M. vorhanden. Noch im Winter 1930/31 hat die Gesellschaft sich aber nicht geschaut, den Aktionären eine sechszehnjährige Dividende, die fast 150 000 M. beanspruchte, auszuzahlen, obwohl die Rüstindustrie sich auch damals schon in einer außerordentlich schweren Situation befand.

Der „selbstmörderische Freistampf“, von dem die Verwaltung spricht, hängt damit zusammen, daß die sieben Unternehmungen der Rüstindustrie in Deutschland sich bei ihrer übersteigerten Leistungsfähigkeit gegenseitig niederzukonkurrieren suchten. Obwohl die Rüstindustrie über ein ziemlich ausgeprägtes Absatzgebiet verfügt — sie beliefert hauptsächlich das graphische Gewerbe mit Buchdruck- und Kupferdruckwärsze, die Gummi- und Farbenindustrie und auch Teile der Elektroindustrie (Kohlenstifte) —, so hat sie doch gerade im Laufe der letzten Jahre infolge der Fortschritte der Chemie stark an Boden verloren. Außerdem

ist sie nicht nur von dem nordamerikanischen Absatzmarkt infolge der Erschließung einer eigenen Rohstoffbasis aus Erdsiliciumfällungen völlig verdrängt worden, sondern zugleich sind auch die Amerikaner von Jahr zu Jahr stärkere Konkurrenten auf dem deutschen Inlandsmarkt geworden. So haben die Amerikaner ihren Import nach Deutschland von 1927 bis 1930 — für das letzte Jahr fehlen noch Einzelangaben — um rund 54 Proz. auf mehr als 5700 Tonnen steigern können.

## Die Schweiz im Unrecht?

### Nach der Kündigung des Handelsvertrages. — Handelspolitik und Zahlungsbilanz.

Die Handelspolitik der Schweiz ist in ein ausgesprochen protektionistisches Fahrwasser gesteuert. Den deutlichsten Ausdruck dieser Politik gab die Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland, da dieses in den vorher geführten langwierigen Verhandlungen sich nicht auf das von der Schweiz geforderte System der Einfuhrkontingente — Begrenzung der Einfuhr auf bestimmte Mengen — einlassen konnte.

In seinem letzten Wochenbericht hat nun das Konjunkturinstitut eine Untersuchung über die Entwicklung der Schweizer Handelsbilanz und Zahlungsbilanz angestellt, die interessante Einzelheiten der Waren- und Kapitalbewegungen zwischen der Schweiz und dem Auslande ergibt. So hat sich von 1928 bis 1931 die Handelsbilanz der Schweiz erheblich verschlechtert. Die Passivität ist in dieser Zeit von 543 auf 883 Millionen Schweizer Franken gestiegen. Diese wurde 1928 noch zu 80 Prozent durch die Erträge des Fremdenverkehrs, Dienstleistungen und andere Posten der „unsichtbaren Ausfuhr“ gedeckt, 1931 dagegen nur noch zu 39 Prozent.

Die internationale Kreditkrise mit den bekannten starken Kreditrückziehungen und der Kapitalflucht, besonders aus Deutschland, findet in einer außerordentlich starken Verschiebung der schweizerischen Kapitalbewegungen ihren Niederschlag. Noch 1928 hatte die Schweiz eine Mehrausfuhr von Kapital in Höhe von 225 Millionen Schweizer Franken, die im letzten Jahr in eine Mehreinfuhr von Kapital in Höhe von 1280 Millionen Schweizer Franken umgeschlagen ist. Diese starke Kapitaleinfuhr hatte einen ungewöhnlich hohen Import von Edelmetallen zur Folge, der im letzten Jahr gegen 1928 auf 1150 gegen 44 Millionen Schweizer Franken angewachsen ist.

Näht man die Edelmetall-, Kapital- und Zinsbewegungen — der Ueberschuß aus Kapitalerträgen im letzten Jahr beziffert sich auf rund 400 Millionen Franken — zusammen, so ergibt sich in allen Jahren aus diesem Posten ein Ueberschuß zugunsten der Schweiz. Dieser Ueberschuß betrug jedoch 1928 nur 11 Prozent der Passivität der Handelsbilanz, 1931 dagegen rund 61 Prozent. In dieser Bewegung kommt die Entwicklung der Schweiz zum Kentnerland klar zum Ausdruck, dessen großer Wohlstand ein überhöhtes inländisches Preisniveau erzeugt, das zwangsläufig zu einer Steigerung der Wareneinfuhr führt.

In diesem Zusammenhang erhält auch der deutsch-schweizerische Handelsverkehr ein anderes Bild. Der deutsche Exportüberschuß von 464 Millionen Schweizer Franken wird allerdings durch 106 Millionen Ueberschüsse aus dem Fremdenverkehr und anderen Leistungen nur zum geringen Teil abgedeckt. Dagegen hat die Schweiz einen großen Ueberschuß aus Zins- und Kapitaleinfuhr aus Deutschland zu verzeichnen, denn ohne die Kapitalfluchtgelder stößen allein von Ende März bis Mitte Juli 1931 rund 232 Millionen Schweizer Franken an Rückzahlungen aus Deutschland nach der Schweiz.

Die Schweizer Handelspolitik, die jetzt mit dem Ziele der Einfuhrdrosselung zum Schutzoll und Kontingentsystem umgeschwenkt ist, verkennt ganz offenbar, daß die anhaltende Kapitalzufuhr und der Geldüberfluß im Lande letztlich die Ursachen für die starke Wareneinfuhr sind. Zugleich aber zeigt die Entwicklung der Zahlungsbilanz, daß die Schweizer Handelspolitik zu Unrecht Gefahren aus der Passivität der Handelsbilanz für die Gesamtwirtschaft erwartet.

## Die Mißbräuche bei Bausparkassen.

### Demnächst ein Rundschreiben. — Erste Sitzung des Beirats

In der ersten Sitzung des Beirats für Bausparkassen, die am 3. und 4. Februar stattfand, diskutierte der Beirat ein Rundschreiben, das demnächst den Bausparkassen zugehen soll und das die Abstellung verschiedener Mißbräuche im Geschäftsbetrieb der Bausparkassen zum Gegenstand hat. Im übrigen brachte die Sitzung nur eine Generaldiskussion der im Vordergrund stehenden Probleme. Man sprach über die finanzielle Ausrichtung der Bausparkassen, die vorläufig ihren Betrieb haben fortsetzen dürfen, über die Beibehaltung der Genossenschaftsform bei Bausparkassen, über Sanierungsmöglichkeiten in Liquidations- oder Konkursfällen zur Verhütung einer Verschleuderung der Bausparhypotheken. Einmütig wurden starke Bedenken hinsichtlich der Mobilarzwedsparkassen (Automobil- und Möbelwedsparkassen) zum Ausdruck gebracht, die auch dem Reichswirtschaftsminister übermitteln werden sollen.

## Senkung der Futtermittelzölle.

### Die deutsche Bauernschaft beim Reichsfinanzminister.

Der Vorstand der Deutschen Bauernschaft hatte am Donnerstag eine grundsätzliche Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Es wurden dem Reichsfinanzminister Vorschläge zur Senkung der Futtermittelzölle unterbreitet, durch die eine weitere Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten erreicht werden soll. Ferner wurde die Senkung der Pachtpreise und der Zinsen für Personalkredite gefordert. Der Reichsfinanzminister äußerte sich positiv zu den Vorschlägen der deutschen Bauernschaft und setzte sich für eine bauernfreundliche Agrarpolitik ein.

Tiefstand des Reichsbahnverkehrs im Dezember. Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn erreichte im Monat Dezember einen bisher nicht gekannten Tiefstand. Gegen Dezember 1930 blieb die Wagenstellung um 20,9 und gegen den gleichen Monat des Jahres 1929 um fast 32 Proz. zurück. Dagegen erreichte der Personenvverkehr infolge der bekannten Erleichterungen zu Weihnachten einen beachtlichen Umfang. — Der Einnahmeausfall, der im Frachverkehr gegenüber November über 35 Millionen Mark ausmachte, wurde daher durch fast 10 Millionen Mehreinnahmen im Personenvverkehr wenigstens zum Teil wettgemacht. Mit rund 263,6 Millionen bleiben die Betriebseinnahmen im Dezember um rund 26,5 Millionen hinter dem November zurück. Nach den vorläufigen Abschlußzahlen sind die Gesamteinnahmen 1931 um 727,7 und gegenüber 1929 um 1500 Millionen niedriger gewesen.

# Hans Bauer: Hunde werden gepfändet

Um das Technische vorwegzunehmen: Die Hundesteuer in Berlin beträgt 60 Mark; sicherlich kein geringfügiger Betrag. Wer länger als zwei Monate mit der Vierteljahrsteuere im Rückstand ist, hat Pfändung zu gewärtigen. Zunächst hält sich der Exekutor an das Mobiliar. Fällt die Mobiliarpfändung fruchtlos aus, so bringt der Beamte über dem Vagerplatz des Hundes ein Pfändungsprotokoll an, und wenn nimmermehr nicht gezahlt wird, wird einige Wochen später der Hund abgeholt... oder mindestens abgeholt versucht.

Der Gerichtsvollzieher fährt, in Begleitung zweier Hundefänger, zweier Fangbeamten, wie sie offiziell heißen, mit seinem Wagen, in den Käfige eingebaut sind, vor den Häusern vor, bemächtigt sich, sofern im letzten Augenblick die Zahlung nicht noch geleistet wird, der Tiere, liefert sie im Tierhort in der Schäferstraße ab, wo sie am nächsten Mittwoch oder Sonnabend zur Versteigerung gelangen. Früher mußte, ehe der Zuschlag erteilt wurde, mindestens der Betrag der Steuer schuld geboten werden. Das ist heute nicht mehr der Fall. Mindestgebot ist 3 Mark. Darunter geht kein Hund weg; im übrigen entscheidet das Angebot der Interessenten, wie hoch der Preis getrieben wird. Jener Hunde, für die auf die Dauer kein Mindestangebot zu erzielen ist, harret der Art: eine Narkoseinjektion macht ihrem unbegehrten Leben ein schnelles Ende.

Wie spielen sich nun solche Pfändungen ab? Zu meist marschieren wir los. Der dunkelgrüne Wagen folgt im Schritt. Unser erster Besuch gilt einer Laubentkolonie. Von der Koloniestraße führt eine primitive Tür unmittelbar in das einzige Zimmer, das dem Bewohner zur Verfügung steht. Der Exekutor klopft an die Tür. Hundebesitzer antwortet. Aber sonst rührt sich nichts. Der Exekutor setzt das Klopfen fort und ruft: „Machen Sie auf, Herr B.“ Immer nur Hundebellen. Ein Schloßler wird geholt. Die Tür springt auf. Eine Wolke fürchterlichen Gestankes fließt uns entgegen. Die Hundefänger werfen die Schlinge über den Hund, ein schmutziges, unjouberes Tier undesinierbarer Rasse, den einzigen Hüter dieser Behausung, und tragen ihn an den Wagen. Der Exekutor füllt ein Schriftstück aus. Die Pfändung ist vollzogen.

Die nächste Pfändung erübrigt sich. „Meinen Rüder wollen Sie haben“, sagt die junge Frau, bei der wir vorprechen. „Nein, meinen Rüder kriegen Sie noch lange nicht.“ Und sie zählt den Auszahlungsbetrag.

Die nächste Pfändungstation. Eine Wohnung in einem zweiten Hinterhaus, drei Treppen. Eine ältere Frau öffnet die Tür. „Ach komme wegen des Hundes“, sagt der Exekutor. Ein Schwall von Worten empfängt ihn. „Der Hund? Der ist ja gar nicht hier. Der gehört überhaupt meinem Schwager. Außerdem hat er die Staupe. Der ganze Hintere ist eine eozijie Wunde. Sie können ruhig in der Wohnung rumhängen. Den Hund wernse nicht finden.“ Einer der Fangbeamten bemerkt einen Hundnapf, in dem sich Knochen befinden. „Na“, sagt er, „und was soll denn das?“ Die Frau ist um eine Antwort keineswegs verlegen. Ja, die Nachbarn, die wüßten es noch nicht, daß der Hund bei ihrem Schwager sei, und sie brähten ihr gelegentlich noch Futter. Wir ziehen unerrückter Dinge wieder ab. Der Exekutor und die Fangbeamten wissen, daß sie hinterzungen worden sind. „Die alte Gefaschte“, sagen sie. „Der Hund wird hin- und hergeschoben, und wenn wir jetzt zu dem Schwager gehen, dann hat ihn der natürlich auch nicht.“

Off genug legen es die Gepfändeten aufs Brelle an. Die Hundefänger erzählen mir aus ihrer reichen Praxis. Einmal sollte bei einem Zahnarzt gepfändet werden. Der Zahnarzt fraulte sich hinter den Dytan und erzählte (schmunzelnd), daß er vor einigen Tagen mit seinem Hunde im Flugzeug gefahren und daß das Tier dabei leider abgestürzt wäre. Er hätte sofort halten lassen, und das arme Geschöpf sei dann auf dem Tempelhofer Feld beigefegt

morden. So etwas ist Flachs. Aber was nützt den Beamten ihre Wissen um die Unwesentlichkeit des Schuldeners? Sie können praktisch dagegen nichts machen. Zuweilen bedienen sich die Steuererstanten noch eines ganz besonderen Kniffes. Es ist scheinbar alles in der Ordnung, wenn der Exekutor kommt, das Tier abzuholen. Ordnungsmäßig wird ihm der Hund zur befriedigen Verwendung übergeben. Der Hund? Nein, nur ein Hund, ein untergeordneter Beschäftigter von einem Hund, eigens von irgendwoher aufgetrieben für diesen Tag zum Behufe der Ablieferung, während der richtige, der in jedem Sinne echte Hund bei Bekannten oder Verwandten sich aufhält und seinen unsteuerierten Dienst in diesem Hause erst wieder antritt, wenn die Luft rein und von dem Gerichtsvollzieher und den Fangbeamten nichts mehr zu sehen ist. Die Beamten sagten mir, daß besonders in Berliner Westen man sich mit raffinierten Mitteln um die Zahlung der Hundesteuer drückt, während der Osten und der Norden da viel harmloser wären. Zuweilen treffen sie nicht nur auf böswillige, sondern auch auf bössartige Steuererstanten, und manche Gegenden wagen sie nur in Begleitung von Sipos zu betreten.

In der Regel freilich sind nicht Gewalt und raffinierte Schliche, sondern Tränen, Tränen, Tränen die Waffe der Gegenpartei. Die Beamten wissen erschütternde Dinge zu erzählen: von einer Frau, die sich auf die Aris warf vor ihnen, von zwei alten Leuten, die sich lieber den Tisch oder das Sofa pfänden lassen wollten als den Hund, von einem Mann, der mit Selbstmord drohte.

Ritterwelle sind wir vor einer neuen Adresse angelangt, und ich kann aus eigener Anschauung die namenlose Trauer kennenlernen, die eine Hundepfändung über eine Familie zu verhängen vermag. Eine schmutzige Meistafelne, ein typisches Arbeiterhaus. Wir gehen durch den Flur, gelangen auf den engen, lichtlosen, von schwarzen Wänden eingegitterten Hof, betreten den abgebrochelten Flur des Hinterhauses. In der dritten Etage klopft der Exekutor. Eine alte, abgehärmte, bleiche Frau öffnet. Der Exekutor, mit dem Pfändungsprotokoll in der Hand, sagt förmlich: „Ich komme wegen...“ Das Ritterchen bricht in Schluchzen aus, heult und stiert an ganzen Leibe. Wir betreten die primitive Wohnung. Ein kleiner schweißglatte Mann und drei Kinder halten sich darin auf. Eines davon hält den zu pfändenden Hund, einen Spitz, an einem Bindfaden. Es scheint, daß man sich hier schon während der vorangegangenen Stunden auf die Uebergabe des Tieres eingerichtet hat. Aber nun, da der gefürchtete Augenblick gekommen ist, sinkt die Frau, die offenbar am schwersten unter dem Verlust des Tieres leidet, auf einem Stuhl zusammen und schluchzt und schluchzt. Dann greift sie noch einmal nach dem Kopf des Hundes, küßt ihm die Schnauze ab, stößt Klagerufe aus: Man soll nichts haben! Diese ganze Szene hat etwas fürchterlich Deprimierendes: Der stille, bewegungslose Mann, die traurigen Kinder, die schreiende Frau, diese ganze stülpige Umgebung, der Exekutor mit den beiden Hundefängern, die, selbst arme Leute, in die Rolle von Schinderknaben gedrängt sind... Schredlich das alles, unmenchlich, grauam. Im Kino sieht man so etwas zuweilen und hält es dort für eine typische Attode auf die Tränenndrüsen. Kinofisch ist hier zur blutvollsten Wirklichkeit geworden. Es packt einen Jammer, Verzweiflung an.

Die Fangbeamten jzren den Hund zur Tür hinaus. Die Schreie der Frau hallen uns auf der Treppe nach. Wir durchschreiten den lichtlosen Hof, und ich blicke verstoßen hinaus zur dritten Etage des Hinterhauses. An einem ihrer Fenster liegen ein paar Gefaschte. Sie werfen einen letzten Blick auf den Hund, der, ganz ohne Spektakel und Widerpenstigkeit, hinter den Beamten hertrittet und sich draußen ohne Sträuben in den Käfig setzt. Wer wird so natürlich sein, das Mindestgebot von 3 Mark für ihn abzugeben? So wird ihm die Narkoseinjektion nicht erspart bleiben; und wenn ist damit eigentlich geholfen?

## Die „gemütlichste aller Bestien“

Die Äquatorbahn, die durch das Gebiet von Kenja von Romboale nach der Bundeshauptstadt Nairobi führt, verfehlt den Reisenden mitten in das Paradies der Großwildjagd, wo die gesamte Fauna Afrikas auf einem beschränkten Gebiete vollzählig versammelt ist. Der Wildbestand Afrikas war ja durch die Raubjagd von Jägern, die unter den Beständen eine sinnlose Regale anrichteten, von der Ausrottung bedroht. Die Großwildjagd war zu einer wahren Plage ausgeartet. Infolgedessen entschloß sich England mit Unterstützung der interessierten Nationen, ein Jagdschutzgesetz zu erlassen, das der drohenden Ausrottung der wilden Tiere einen Riegel vorziehen soll. Es wurden zu diesem Zweck im Herzen des dunkelsten Afrikas Gebiete abgegrenzt, wo die Jagd überhaupt verboten ist. Für die Ausübung der Großwildjagd in den anderen freigegebenen Gebieten wurden Jagdscheine und Erlasse für den Abschuh zu recht ansehnlichen Preisen eingeführt. Kenja selbst besitzt zwei dieser großen Reserven in der „Southern Game Reserve“ bei Nairobi, die ein Hochplateau von rund 280 Kilometer Länge und 125 Kilometer Breite umfaßt, und der „Northern Game Reserve“ im Gebiet von Barafoto, das doppelt so groß ist wie das erste. Wie der starke Zufluß von Jägern beweist, lassen sich diese durch die großen Kosten, die sie für den Abschuh bezahlen müssen, nicht abhalten, ihrer Jagdleidenschaft zu fröhnen. Diese Kosten betragen für den Jagdschein allein in Kenja 100 Pfund Sterling und 500 Pfund Sterling für Uganda, wozu aber noch weitere 100 Pfund Sterling für jede Tötung von wilden Tieren treten.

„Zu welcher Zeit, bitte, kann man die Löwen sehen?“ — „Diese Frage“, so schreibt ein Reiseberichterstatter des „Corriere“, „ist durchaus am Plage, denn um Löwen zu sehen, braucht man hier nicht auf die Jagd zu gehen oder sich sonst besonders zu bemühen. Hier gehen und kommen Löwen auf den Automotoren, wo sie die Wagen zum Halten zwingen, sie erscheinen auf den Farmen und in den Bauernhöfen, spielen auf den Höhen und nahmen längs der Bahngasse Aufstellung, um die Züge vorüberfahren zu sehen. Alle meine Mitreisenden, unter denen sich auch der Vizegouverneur von Belgisch-Kongo befindet, stimmen darin überein, daß der Löwe im großen und ganzen die gemütlichste aller Bestien ist, zumal dem Menschen gegenüber, dem er als ausgesprochenen Pazifist gegenübertritt. Um mich weiter zu unterrichten, suchte ich den Zugführer auf, der, wie alle Schalterbedienten der englischen Kolonie, ein Zücker ist. Er bestätigte mir, daß man unterwegs vom Fenster des Wagens aus Löwen sehen kann, aber ich bemühte mich vergebens, während der Reise auch nur den Schwanz eines Löwen zu entdecken. Als wir im Bahnhof in der Nacht halt machen, treibt mich meine Wüßbegierde zu dem Stationsvorsteher, der selbstverständlich ebenfalls ein Zücker ist. „Die Löwen?“ befragt er mich. „Ja, die machen uns hier oft genug einen Besuch, und das gleiche gilt für die anderen Bahnhofe der Kenja- und Ugandabahn. Aber wir können uns nicht befragen. Sie betrogen sich durchaus ansichtlich und tun nichts Böses. Sie kommen einzig zu dem Zweck hierher, um ihren Durst zu stillen.“ — „Am Büßel?“ — „Nein, an den Wasserbehältern für

die Lokomotiven. Erst gestern abend sah ich hier vier schöne große Löwen erscheinen, als ich meinen Dienst antrat. Sie sahen mich ruhig an und kamen langsam und furchtlos näher. Ich war begreiflicherweise beunruhigt. Fliehen konnte ich nicht, und wenn ich geschossen hätte, so wäre ich Gefahr gelaufen, zerrissen zu werden. Die Löwen schritten an mir ruhig vorüber in der Richtung auf die Wasser tanks, die der Speisung der Lokomotiven dienen. Sie waren schon vorher dagewesen, ohne daß ich es bemerkt hätte; aber am Morgen fand ich die Wasserbehälter vollständig leer. Man muß bedenken, daß seit geraumer Zeit große Trockenheit herrschte und daß die Löwen nirgends etwas zu trinken finden konnten. Ihr Instinkt mochte ihnen den Weg zu den Tanks gewesen haben. Auch an diesem Abend tranken sie in großen Zügen. Inzwischen war der fällige Zug eingelaufen. Da die Maschine nicht zu den von den Löwen belagerten Tanks vorfahren konnte und die Bestien keine Ärmte machten, den Platz zu räumen, ließ ich den Zug einige Meter rückwärts fahren. Sie können sich die Ueberraschung der Reisenden beim Anblick dieser trinkenden Löwen vorstellen. Was mich am meisten beunruhigte, war die Aussicht, daß vielleicht einer der Reisenden auf der unglücklichen Geocanten verfallen könnte, zu feuern, denn der Löwe wird rasend, wenn er angegriffen und verwundet ist. Ich entschloß mich daher, ein paar mal die Dampfpfiffe zu betätigen. Das Mittel half. Die Löwen spitzten die Ohren und wandten sich erschrocken zur Flucht. So war es möglich, die Lokomotive Wasser einnehmen zu lassen und den Zug abzufertigen. Nach einer halben Stunde erschienen aber die Löwen, die sich nicht sattgetrunken haben mochten, wieder auf dem Bahnhof und begannen aufs neue aus den Tanks zu trinken. Seit diesem Tage heißen meine Tanks die „Löwentänke“. Obwohl sie nicht bössartig sind, möchte ich doch nicht, daß sie wiederkehren, dann sie stören den Dienst.“

Ranchmal freilich sind die Löwen nicht so gemütlich, vor allem nicht, wenn sie Hunger haben. So überfallen, wie mir erzählt wurde, vor einigen Monaten die Farm eines Herrn de Bruin beim Fluße Uaso. Niren, zerrissen einen Blahflüchter, töteten zwei Dajsen und schlüppeten ein Kalb mit weg. De Bruin verfolgte die Bestien und tötete eine. Es war eine alte Löwin, die keine Zähne mehr hatte. Ihr Verfolger hatte sozusagen Glück gehabt, denn bei einem jungen Löwen mit gutem Gehör wäre die Sache vielleicht nicht so glimpflich abgelaufen.“

Die größte Blume der Welt. Die größte Blume, die man kennt, wird auf den Philippinen gefunden, sie wächst dort an den Uhängen des Vulkanes Apo. Die Eingeborenen, die dieser Blume besonders Verehrung entgegenbringen, nennen sie So-D. Sie wächst in einer Höhe von 800 Metern über dem Meerespiegel und verdankt ihre Entwicklung wohl der Nähe des Vulkanes. Ihre Knospen gleichen einem großen Blumentopf, und wenn sie aufgebüßt sind, haben sie einen Durchmesser von einem Meter. Die Blume wiegt ungefähr zehn Kilogramm. Nach dem englischen Gouverneur Stamford Rolleston wird sie Rofflesia genannt.

## Postflugzeug nähert sich New York

Die Deutsche Luftfahrt und der Norddeutsche Lloyd haben im Jahre 1929 damit begonnen, einen sogenannten Katapultflugdienst vom Bord der Dampfer „Bremen“ und „Europa“ einzurichten. Dieser Dienst hat den Zweck, die mit dem Dampfer beförderte Post schneller an den Bestimmungsort zu bringen. Die beiden Schiffe sind zu diesem Zweck mit einer Katapultanlage und einem Heinkel-Flugzeug ausgerüstet. Vor der amerikanischen oder vor der europäischen Küste werden diese Flugzeuge abgeschossen und treffen lange Zeit vor dem Dampfer an der Küste ein. Die Entwicklungslänge der Katapultflüge geht naturgemäß dahin, immer längere Flüge zu erzielen, denn je früher das Flugzeug vom Ozeandampfer startet, desto größer ist die Differenz zwischen dem Eintreffen des Flugzeugs und des Dampfers.

Der Flugzeugführer Blankenburg berichtet nun über einen solchen Katapultflug vom Dampfer „Europa“ nach New York, bei dem er fast 1200 Kilometer erreichte. Blankenburg erzählt: „Der Katapultstart ist durch die ungeheure Beschleunigung, die das Flugzeug erhält, jedesmal von neuem eine Ueberraschung, aber kaum in der Luft, fühlen wir uns wie ein Vogel und umkreisen das Schiff. Dann gehen wir auf dem vorher genau angelegten Kurs auf das nächste Land zu, die Kantudet-Inseln. Betsache 20 Minuten können wir die „Europa“ noch hinter uns sehen, bis die Schornsteine hinter der Klamm verschwinden. Wir fliegen in 300 Meter Höhe, nicht höher, um an der See genau Windrichtung und Windstärke und somit auch unsere Geschwindigkeit feststellen zu können und danach zu navigieren. Wir müssen scharf aufpassen, um genau auf dem Kurs zu bleiben. Kirchhoff, der Funkmaschinist neben mir, hämmert auf seiner Taste herum, zwischendurch schreibt er schnell die Meldungen auf. Wir stehen mit der „Europa“ in Verbindung, sie pellet uns funktographisch alle halbe Stunde und geben uns Nachrichten, daß alles in Ordnung ist. Zuerst laufen die Stunden ziemlich schnell. Es wird dunnig. Aber noch können wir unter uns die See gut sehen. Braune kilometerlange Streifen von Gollstrand ziehen sich dahin. Jetzt ist Hochbetrieb im Golf. Viele Male sehen wir ganze Schwärme von großen Schweinsfischen in Keilform, die in langen Sähen aus dem Wasser jumpen, daß dieses in zahlreichen Fontänen aufspritzt. Wüßlich fällt mein Blick auf einen winzigen Gegenstand vor uns. Als wir näher kommen, sehen wir, es ist ein Boot, ein kleines Ruderboot, hunderte von Reiten von der Küste entfernt. Ich gehe dicht herunter, umtreibe es. Es ist leer. Wir geben wieder Vollgas.“

Der Himmel bezieht sich, nach und nach verlöschen alle Farben, die See wird grau und immer öfter liegen breite Nebelbänke über dem Wasser. Dann ganz plötzlich steht die weiße Wand auch vor uns, wir schalten die Nebelflug-Instrumente ein. Gleich darauf sind wir im dichten weißen Dampf. Jetzt versucht Kirchhoff, die amerikanischen Peilstationen zu erreichen. Aber wir sind noch zu weit. Vier Zeiger an den Reßinstrumenten sind dauernd auf ihrem Strich zu halten und die Regel der Ebene in der Mitte. Immerzu gibt es kleine Böen und dann schlagen die Zeiger alle durcheinander aus. Und mit Hilfe der drei Steuer-, Höhen-, Seiten- und Querruder, muß das Flugzeug dauernd wieder in die normale Lage gebracht werden, bis alle Zeiger und die Regel wieder an ihrem Plage sind. Nach fünf Stunden haben uns die amerikanischen Stationen an der Küste zu pelien angefangen, wir sehen 8 Seemeilen nördlich von unserem Kurs, noch 80 Meilen von Rannidet entfernt. Jetzt verbessere ich den Kurs um 10 Grad. Nach oben hin wird es heller, zeitweise läßt sich die Sonne als matte Scheibe durch den Nebel sehen.

Wir gehen 200 Meter höher und plötzlich sind wir aus dem Nebel heraus. Unter uns liegt ein wogendes, weißes Nebelgebirge und ganz dahinter scheint das Land, eine schwarze Hügelkette, zu liegen. Aber es ist nur Täuschung, es sind Nebelberge, auf die von ganz hohen Wolken der Schatten fällt. Wettermeldung trifft ein — kein Nebel in New York —, dann ist alles gut. Und wirklich, vor uns tauchen große droue Fleden auf. Wir sehen wieder die See und endlich ganz im Norden die amerikanische Küste aus dem weißen Dunst auftauchen. Sieben Stunden Flugzeug, unter uns liegt bereits Coney Island, der Badestrand der New Yorker. Und schon sind wir über Brooklyn und sehen Manhattan mit all den Wolkenkratzern. Wir fliegen in wenigen Metern Höhe an den Landungsbrücken vorbei und landen mitten durch das Schiffsgewimmel hindurch. Am nächsten Tage gegen 13 Uhr war die „Europa“ im Hafen und ihre Post wurde erst am folgenden Morgen in New York ausgegtragen. So hatten wir die Gemugtung, die Katapultpost um 36 Stunden beschleunigt zu haben. M. K.

## Santiago de Cuba, die zerstörte Stadt

Als nach dem Ende der Inflation in Deutschland wieder die alte Reiselust erwachte, während für die übrigen Länder die Beschränkungen des Krieges längst fortgefallen waren, wurde die Neue Welt sozusagen zum zweiten Male entdeckt. Reisende Schriftsteller und Journalisten durchforsteten Nord- und Südamerika und schufen ein ganz neues Bild von dieser Welt, die sich so gewaltig verändert hatte. Aber abseits der großen Straßen des Weltverkehrs blieb Mittelamerika und die Inselwelt, die ihm vorgelagert ist, liegen, denn die Antillen, deren größte die Insel Kuba ist, stellen ja nur das Schlußstück des in weit zurückgelegener Zeit zerbrochenen mittelamerikanischen Kontinents dar. Und wer Kuba betreten hat und davon erzählt, berichtet bestenfalls von Havanna; beides scheint für den Fremden gleichbedeutend zu sein. Der Rest der großen Insel, deren Fläche ungefähr den fünften Teil des Deutschen Reiches ausmacht, bleibt unbekannt; im Innern sind sogar noch weite Teile unerforschten. Aber Havanna ist nicht Kuba. Bismarck kann man das von Santiago de Cuba sagen, der Provinzhauptstadt an der Südküste, die soeben von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht wurde. Sie liegt im Mittelpunkt der Kubanischen Schweiz, die 1000 Meter hohen Berge im Umkreis tragen Orangen- und Kaffeepflanzungen und das Klima ist dort tropischer als in dem 25 Kilometer nördlicher gelegenen Havanna.

Was Kuba an geschichtlichen Erinnerungen bewahrt, ist mit dem Namen Santiago verbunden. Die Stadt und ihre Umgebung ist der Schauplatz, auf dem gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die entscheidenden Kämpfe ausgefochten wurden, in denen die Kubaner ihre lange genährten Freiheitsbestrebungen verwirklichen konnten. Der Hafen von Santiago, das an einer von der Sierra Maestra und reichen Fruchtflütern umschlossenen Bucht liegt, hat seinen historischen 3. Juli 1898 erlebt, an dem sich das Schicksal der Insel und damit des spanischen Kolonialreiches in Amerika endgültig entschied. Die im Hafen blutigen spanischen Schiffe machten damals den Versuch, durch die Sperrflotte der amerikanischen Flotte zu brechen, und wurden dabei vernichtet. Santiago de Cuba ist etwa 200 Jahre alt, und das Erdbeben vom Februar 1932 ist nicht das erste. Die Stadt ist schon häufig durch Naturkatastrophen, aber auch mehrmals von den Engländern zerstört worden.

Die Brille wurde vor etwa siebenhundert Jahren erfunden, und zwar gemeinsam von dem großen Gelehrten Roger Bacon, der ja auch das Bergdrückerglas erfand, und einem in Florenz lebenden Rösch.